

Dokumentation der Tagung „Grenzenlos. Migration in einer begrenzten Welt“ in Berlin

Montag, 2. September 2013, 10.00 - 17.30 Uhr



Veranstalter:

**Brot
für die Welt**
Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst

DEUTSCHE KOMMISSION
**JUSTITIA
ET PAX**


caritas international
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

m)
medico international

**WIRTSCHAFTS
SÜD**
INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

Inhalt

1. Begrüßung	3
<i>Dr. Klaus Seitz (Brot für die Welt)</i>	
2. Einführung	7
<i>Martin Glasenapp (medico international)</i>	
3. „Migration in einer begrenzten Welt“	12
<i>Prof. Dr. Saskia Sassen (Columbia University New York)</i>	
4. Fallbeispiele	
4.1 „Gestrandet im Transit: die Situation der Migrantinnen und Migranten in Mali und an den malischen Grenzen“	29
<i>François Roméo Ntamag</i> <i>(Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali)</i>	
4.2 „Das verheißene Land – zwischen Ausbeutung undwürdiger Arbeit: Der Kampf um Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte in der Migration“	35
<i>Dr. Irene Fernandez (Tenaganita Malaysia)</i>	
4.3 „Das verlorene Paradies: Ursachen und Folgen erzwungener Migration in den Herkunftsländern“	44
<i>Carlos Marentes (La Via Campesina, Mexico)</i>	
5. Podiumsdiskussion	52
<i>mit Prof. Dr. Saskia Sassen,</i> <i>Hannes Stegemann (Caritas International),</i> <i>Jacqui Zalcborg (Vereinte Nationen, Genf), Carlos Marentes</i> <i>Moderation: Dr. Julia Duchrow</i>	
6. Schlussworte	57
<i>Dr. Sabine Ferenschild (Südwind e.V.)</i> <i>Dr. Hildegard Hagemann (Deutsche Kommission Justitia et Pax)</i>	
7. Kurzbiographien	59

1. Begrüßung

Dr. Klaus Seitz (Brot für die Welt)

Ich darf sie herzlich begrüßen zu unserer Tagung. Ich freue mich über das große Interesse an dieser Veranstaltung und danke besonders unseren internationalen Gästen und Referenten und Referentinnen, die zum Teil sehr weite Wege in Kauf genommen haben und dabei auch viele Grenzen überschreiten mussten.

Diese Tagung steht unter dem Thema „Grenzenlos“, ein Motto, das hier an diesem Ort, eine ganz besondere Bedeutung hat. Hier in Berlin nur wenige Meter von der ehemaligen Mauer entfernt, die gewissermaßen als Symbol für eine unüberwindbare Grenze eine ganze Epoche geprägt hat. Eine Epoche, in der die Welt fest zementiert in einen östlichen und einen westlichen Teil gespalten zu sein schien.

An diesem Ort hier kann man unmittelbar erfahren, dass sich die Hoffnung auf eine Welt ohne Grenzen durchaus erfüllen kann, dass auch tödliche Grenzanlagen und Grenzfestungen durch die Macht des gesellschaftlichen Wandels überwunden werden können. Nach wie vor ist unsere globalisierte Welt von der Gleichzeitigkeit scheinbar widersprüchlicher Entwicklungen geprägt. Auf der einen Seite sehen wir die fast grenzenlose Mobilität von Kapital, Waren und auch Touristinnen und Touristen, auf der anderen Seite werden aber neue sichtbare und unsichtbare Grenzen aufgerichtet, mit denen die Staaten sich, ihren Wohlstand und ihre Interessen vor Zuwanderung schützen wollen. Mit diesen Widersprüchen möchten wir uns in dieser Tagung auseinandersetzen und dabei vor allem danach fragen welche Potenziale, die in der grenzüberschreitenden Migration liegen, für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft besser genutzt werden können.

Es ist gut, dass wir für dieses Thema gerade nach Berlin gekommen sind, nicht nur wegen der Nähe zur ehemaligen Mauer. Denn der Reichtum der internationalen Mobilität und der kulturellen Vielfalt ist gerade in dem für lange Zeit eingeschlossenen Berlin besonders zu spüren. Fast die Hälfte der Menschen, die hier in diesem Bezirk Berlin Mitte leben, hat einen sogenannten „Migrationshintergrund“. Auch wenn unsere Stadt derzeit leider durch den Streit über Flüchtlingsunterkünfte sehr negativ von sich reden macht, kann man dennoch sagen, dass Berlin auf einem guten Weg ist, zu einer weltoffenen, internationalen Stadt zu werden.

Aber auch speziell dieses Gebäude in dem wir hier nun tagen, ist ein guter Rahmen für eine solche Tagung, hier im *Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung*. Vor allem weil unter dem Dach des *Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung* die *Diakonie Deutschland* und *Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst* zusammenarbeiten und damit zwei Institutionen zusammen wirken, die die sozialen Herausforderungen unserer Zeit aus unterschiedlichen Perspektiven, aber gewissermaßen in einer komplementären Zusammenarbeit bearbeiten. Das bewährt sich gerade an dem Thema, zu dem wir heute arbeiten, am Thema der Migration, insofern als sich die Perspektive der sozialdiakonischen Arbeit der Diakonie mit der Perspektive einer Entwicklungsorganisation fundamental verknüpft und verschränkt. Die *Diakonie* setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, Zugewanderten eine gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland zu ermöglichen und wirbt für eine Kultur der Anerkennung. *Brot für die Welt* engagiert sich seit vielen Jahren für den Menschenrechtsschutz von Flüchtlingen und Migranten weltweit und unterstützt Partnerorganisationen im globalen Süden in ihrem Kampf für eine gerechte und inklusive Entwicklung. Die Verknüpfung von Migration und Entwicklung fügt sich hier gewissermaßen organisch zusammen.

Ein deutscher Kabarettist mit marokkanischen Wurzeln bietet sein Programm in Berlin derzeit mit einem netten Slogan an: „Humor mit Migrationsvordergrund“. Während ansonsten eher verschämt von „Migrationshintergrund“ die Rede ist, soll Migration hier und heute im Vordergrund stehen. Denn die Menschheitsgeschichte ist eine Migrationsgeschichte, ohne die Wanderung von Menschen und ohne den Austausch der Kulturen ist zivilisatorischer Fortschritt undenkbar. Letztendlich sind wir vielleicht auch alle Wanderer zwischen den Welten, auf der Suche nach einer bleibenden Stadt. Die Jahreslosung für dieses Jahr aus dem Hebräerbrief lautet „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir“(Hebräer 13:14). Dieses biblische Bild darf natürlich nicht dazu verleiten zu übersehen, dass viele Menschen, die sich auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen, vielleicht auch einer bleibenden Stadt, machen, häufig viele Entbehrungen in Kauf nehmen. Viele Millionen verlassen ihre Heimat auch unfreiwillig, gezwungenermaßen, auf der Flucht.

Fast drei Prozent der Weltbevölkerung, derzeit 240 Millionen Menschen sind internationale Migrantinnen und Migranten und haben ihren Lebensmittelpunkt außerhalb ihres Heimatlandes. Viele von ihnen sind damit konfrontiert, dass sie ausgegrenzt und ihrer Grundrechte beraubt werden.

Lange wurde daher Migration in der entwicklungspolitischen Diskussion als ein Problem gesehen. Nicht nur, weil die Willkommenskultur in den Zielländern unterentwickelt ist, sondern vor allem, weil man davon ausging, dass die Migration von armen in reiche Länder ein überwindbares und zu überwindendes Entwicklungsdefizit darstellt. Aber auch, weil die Herkunftsgesellschaften durch die Abwanderung ihrer besten Köpfe einen nachhaltigen ‚brain drain‘ erleiden.

In beiderlei Hinsicht hat sich dieser Diskurs, und darum wird es heute auch gehen, verändert und verschoben. Dazu haben unter anderem der Bericht der Global Commission on Migration (2005) aber auch der UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung (2009) „Barrieren überwinden“ wesentlich beigetragen, indem sie einen neuen, positiven Blick auf das Verhältnis von Migration und Entwicklung ermöglicht haben. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass Migration auch wichtige Impulse für die Herkunftsländer geben kann.

Seitdem wird mehr denn je die Herausforderung darin gesehen, wie wir zu einer ‚triple win‘ Situation gelangen können, wie Migration sowohl den Herkunftsländern, den Zielländern und nicht zuletzt und in erster Linie den MigrantInnen selbst dienen kann. Es muss allerdings einräumt werden, dass dieser wichtige Perspektivwechsel nicht zwangsläufig auch zu einer Neuorientierung der politischen Praxis führt. Nach wie vor ist staatliche Politik vornehmlich daran interessiert, Migration zu verringern oder zu stoppen. Vor allem die Entwicklungspolitik legitimiert sich sehr stark dadurch, dass sie dazu beitrage „Migrationsdruck“ zu lindern, was dazu Verfahren führen kann, dass potenzielle Partnerländer dazu gezwungen und erpresst werden, Verpflichtungen zur Eindämmung der Auswanderung einzugehen, insbesondere in Nordafrika.

In dieser Tagung wird es nun vor allem darum gehen, welche Rahmenbedingungen verändert werden müssen, damit die Rechte der Migranten und Migrantinnen geschützt und die Potenziale der internationalen Migration für Entwicklung der armen Länder entfaltet werden können. Dabei wird auch darüber zu sprechen sein, wie das Recht auf Migration gestärkt werden kann. Ein Menschenrecht, seinen Lebensort frei wählen zu können, ist in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausdrücklich verankert, aber dem entspricht bisher kein korrespondierendes Recht auf Einwanderung, keine Pflicht der Staaten, Einwanderung generell zulassen zu müssen. Wie lässt sich der Konflikt zwischen dem fundamentalen Recht auf Auswanderung und seinen Lebensort selbst aussuchen zu dürfen mit der

demokratischen Selbstbestimmung von Gemeinschaften vereinbaren, selbst darüber entscheiden zu dürfen, wen sie in ihre Gemeinschaft aufnehmen wollen oder nicht?

Es freut uns, dass das Interesse an diesen Fragen unsere Kapazitäten hier im Haus bei weitem übertroffen hat. Umso mehr möchte ich denjenigen danken, die diese Tagung vorbereitet und gestaltet haben. Ich wünsche Ihnen für diese Tagung gute Beratungen und auch beflügelnde Einsichten für die große Zukunftsaufgabe, wie es gelingen kann, die einengenden und oftmals auch entwürdigenden Grenzen in dieser Welt zu überwinden, im Denken wie auch in der realen Welt.

2. Einführung

Martin Glasenapp (medico international)

Ich bin erleichtert über die Bedingungen, unter denen unsere heutigen Diskussionen zum Thema „Migration“ bezüglich der weltpolitischen Lage stattfinden, besonders im Zusammenhang mit der gestrigen Rede Barack Obamas zur Lage in Syrien. Wie hätte eine Bombardierung von Damaskus unsere Diskussion heute verändert? Wir müssen einerseits an unseren Themen festhalten, gleichzeitig wäre ein militärischer Eingriff ein Einschnitt in die schwierigen, brutalen und grausamen Bedingungen in dieser Welt. Die aktuelle Lage und die politischen Entscheidungen könnten neue Mechanismen freisetzen, die auch in unmittelbarem Zusammenhang mit Flucht und Migration stehen.

Die Entscheidung Damaskus zu bombardieren wurde vertagt. Das könnte als Schwäche ausgelegt werden, öffnet aber auch gleichzeitig eine winzige Möglichkeit, doch noch eine politische Lösung für den Konflikt zu erarbeiten. Zwar stellt Syrien nicht das konkrete Thema unserer Tagung dar, aber im Zusammenhang mit Migration und Grenzen(losigkeit) steht auch immer das Thema Flucht. Dazu gehört auch der Umgang der EU oder Deutschlands mit Flucht. In den Nachbarländern Syriens leben derzeit zwei Millionen Flüchtlinge, fünf Millionen Menschen sind innerhalb Syriens auf der Flucht vor Kämpfen und Verfolgung – und die Bundesrepublik Deutschland hat sich gerade entschieden, 5000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Die Zahl ist klein, aber im europäischen Vergleich scheint es geradezu „fortschrittlich“ zu sein. Gleichzeitig führt es zu der Frage, wie limitiert und wie geschlossen reagiert Europa auf plötzliche Krisen? Welche Menschen dürfen zu uns und wer entscheidet das?

Die Beantwortung dieser Fragen hat sehr viel damit zu tun, was unsere Demokratie ist oder welchen Begriff von Demokratie wir haben. Dies zeigt auch der erste Satz der Einladung: „Das Zusammenwirken von Migration und Entwicklung ist eine Herausforderung für die Demokratie“. Das umschließt mehr als die Menschenrechte, es ist auch nicht nur ein humanitäres Gebot oder eine Frage der Freizügigkeit, sondern diese Form der Demokratie definiert sich auch über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte oder anders: Wenn wir ein gutes Leben fordern, für wen gilt

das, wer darf sich darauf berufen oder wer darf daran teilhaben? Das sind virulente Fragen in Bezug auf Migration und Entwicklung, aber auch für unser eigenes Leben. Wir erleben unser eigenes Leben als relativ grenzenlos, wir reisen frei und nehmen diese Freiheit geradezu selbstverständlich hin. Wir können auch grenzenlos konsumieren. Wir haben also die ganze Welt bei uns und wir exportieren unsere Produkte in alle Winkel dieser Erde. Dieser Weltmarkt, der globale Kapitalismus ist die Voraussetzung unserer Lebensweise. Dieser Kapitalismus ist aber nicht nur ein hocheffektives Akkumulationsregime, sondern es ist auch eine faszinierende globale Wunschmaschine. Diese Erzählung von der globalisierten Welt ist auch eine der Leidenschaften und Möglichkeiten: Alle Menschen können heute einen universellen Traum haben, wie ihr Leben aussehen soll, weil sie wissen können, wie überall gelebt werden kann. Früher ging man vom Land in die Stadt, nicht aus Armut, sondern auch, um frei zu sein. Die Stadt war die neue Welt – heute ist quasi die ganze Welt eine Stadt. Und damit haben letztendlich alle Menschen die Möglichkeit einer globalen Perspektive. Durch den globalen Kapitalismus gibt es auch ein globales Glücksversprechen auf die Möglichkeit der Teilhabe. Das war und ist auch immer ein Motor von Revolution, und damit auch von universellen Träumen, Werten und Rechten. Wir selber fordern es eigentlich als Arbeit in unserer Nichtregierungsorganisation (NGO) permanent ein, etwa wenn wir sagen, dass die Menschenrechte unteilbar sind oder dass es nur eine einzige Welt gibt.

Und damit fordern wir auch die Gleichheit aller Menschen an jedem Ort. Aber was bedeutet das eigentlich? Denn es gibt bei uns allen durchaus eine Fallhöhe zwischen diesem universellen Verständnis und unserer eigenen Handlungsweise, unseren Empfehlungen, unseren Forderungen, all dem was man landläufig als Politik bezeichnet.

Wir diskutieren Arbeitsmigration, sprechen über die Vor- und Nachteile einer zirkulären Migration, wir fordern mehr Entwicklungshilfe, wir sprechen über Anreize, über Möglichkeiten und Chancen und oft bleiben wir nur im Bereich des Möglichen: Unser Gleichheitsgebot ist eigentlich radikal, aber unsere konkreten Forderungen bleiben unscharf. Wir zögern oft, fragen nach ihrer Akzeptanz oder denken von Anfang an pragmatisch. Und vielleicht bewegen wir uns hier bewusst in einer Unschärfe, weil wir um die Problematik und die scheinbare Unmöglichkeit ihrer Auflösung wissen.

Demokratisieren wir also letztlich nur den Ausschluss und eine stattfindende Selektion?

Hier liegt auch der Beginn einer Überlegung, aus der diese Tagung entstanden ist. Die beteiligten Organisationen trafen sich im Sommer 2012 und diskutierten Fragen wie die der politischen Vermittelbarkeit einer freizügigeren Migrationspolitik, über die Berechtigung von Grenzen und deren Zweck. Es gab viele unterschiedliche Betrachtungsweisen, zwei sollen kurz angerissen werden: Erstens im Sinne von "Grenzen dienen dazu, demokratische Werte zu schützen", d.h. das Gemeinschaften selbst definieren können, wer an ihnen teilhaben kann. Der andere Blickwinkel ist „Grenzen schließen in erster Linie andere aus“.

Und es ist vielleicht auch kein Zufall, dass Entwicklungshilfeorganisationen in diesem Punkt eher offener für das Recht auf Teilhabe und Zugang argumentieren, während Organisationen mit einer starken Inlandspräsenz eher zurückhaltend agieren.

Über das europäische und globale Migrationsregime soll von meiner Seite nun nicht weiter diskutiert werden, da werden uns unsere Gäste Einblicke aus den verschiedensten Perspektiven vermitteln. Aber einen Punkt möchte ich erwähnen. Ich glaube, wir sollten anerkennen, dass unser demokratisches Gemeinwesen, auf das wir zu Recht oder Unrecht stolz sind, und unsere Freiheit in Europa auf einer Systematik der Ausgrenzung und Kontrolle basieren, die zu tatsächlichen Zonen des Todes geführt hat. Früher gab es die sogenannten „Verschwundenen“ aus den sozialen Kämpfen der 1960er und 1970er Jahre, die von autoritären Regimen in verschiedenen Ländern verfolgt und verschleppt wurden. Heute verschwinden Migranten in der Globalisierung! In den letzten drei Jahren sind 70.000 MigrantInnen in Zentralamerika verschwunden. Jedes Jahr verliert sich die Spur von 20.000 Menschen auf dem Weg nach Norden. Sie werden gefoltert, sie werden getötet, es wird Lösegeld erpresst. Wir bekommen das aus den Nachrichten oder aus unserer Arbeit ganz direkt mit.

Es ist ein weltweites Problem, das Stichwort „Mittelmeer“ mag hier genügen, aber auch Argentinien oder der Sinai können genannt werden. Auf dem Sinai hat sich eine bestialische und rassistische Art des Menschenhandels auf dem Weg nach Norden entwickelt, die alle schwarzafrikani-

schen Migrantinnen und Migranten zur Beute macht. Den Menschen werden Gliedmaßen abgeschnitten, es gibt Gerüchte über Organhandel, Folter, sexuelle Übergriffe, alles, was man sich nur vorstellen kann.

Wir kennen diese Mechanismen des Ausschlusses und wozu diese führen aber auch aus dem Innern. Wie beispielsweise die Auseinandersetzungen in Berlin über Flüchtlingsheime. Das hat hier in Deutschland einen ganz ambivalenten und vielschichtigen Charakter. In Hellersdorf sieht man, wie Menschen dagegen demonstrieren, dass Menschen aus Kriegsgebieten hierher kommen. Aber es geht auch noch viel einfacher: etwa wenn im gutbürgerlichen Reinickendorf per Rechtsanwalt dafür gesorgt wird, dass ein kommunaler Spielplatz von Kindern eines nahen Asylbewerberheims wegen Seuchengefahr nicht betreten werden darf. Das stellt sicherlich eine besonders perfide Form des bürgerlichen Rassismus dar. Aber es ist in seiner verregelten Kälte ebenso menschenverachtend, wenn unter dem Stichwort zirkuläre Migration in Nordafrika ein Jobcenter Frauen mit Kindern unter 14 Jahren sucht, um diese dann für einige Wochen zum Erdbeerpflücken nach Spanien zu holen. Die Kinder bleiben natürlich zu Hause und das Geld gibt es auch nicht auf der Plantage, sondern erst nach der Heimkehr. Für diese Art der „Arbeitsvermittlung“ hat sich in Marokko der Begriff „kleenex-migration“ entwickelt: benutzen und wegwerfen.

Wir sollten uns also selbst misstrauen, wenn wir uns in die Sphäre der Quantifizierung, der Quotierung und der Taxierung von MigrantInnen begeben. Jede noch so fortschrittliche Regelung beruht auf einem Ausschluss. Und der beginnt auch, wenn wir Menschen allein nach ihren Fähigkeiten, ihrer möglichen Inwertsetzung, insgesamt nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach ihrem Recht auf ein gutes Leben beurteilen.

Es gibt in den Leitlinien der Diakonie zur Arbeitsmigration und Entwicklung einen schönen Punkt, den auch wir immer wieder aufrufen: Das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen. Man kann ihn in doppelter Hinsicht lesen: Die Freiheit des Gehens liegt in der Möglichkeit des Bleibens, und das gilt für die Aufbruchsorte der Bewegung, der Migration, das gilt aber auch – wenn wir es zu Ende denken – für die Wunschorte. Und diese Wunschorte können überall sein, wo Glück und das gute Leben sein kann.

In Hölderlins „Brot und Wein“ heißt es so schön,

nemlich zu Hauß ist der Geist

Nicht im Anfang, nicht an der Quell. Ihn zehret die Heimath.

Kolonien liebt, und tapfer Vergessen der Geist.

Was Hölderlin meint: Der Geist muss die Heimat verlassen, um sich zu finden, muss in der Fremde heimisch werden. Wir sollten das nicht vergessen. Wir sollten vielleicht daran denken, wenn wir mit jenen ins Gespräch kommen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, ob nun an den Universitäten, in den Vorstädten oder in den Abschiebeheimen. Denn dass sie von draußen kommen oder ihre Kultur scheinbar fremd ist, ist keine Barriere, im Gegenteil: Ohne die Bewegung der Migration, ohne den praktischen und sozialen Erfahrungsaustausch mit der steten migrantischen Globalisierung von unten, wird unser „weißes“ Europa doch nur im chauvinistischen Nihilismus und in der polizeilichen Verrohung der eigenen Sicherheit und Ordnung versinken.

3 „Migration in einer begrenzten Welt“

Dr. Saskia Sassen (Professorin für Soziologie und Wirtschaftswissenschaften, Columbia University, New York)

In der heutigen Epoche, den letzten 20 Jahren etwa, hat eine unglaubliche Re-nationalisierung des Begriffes der Zugehörigkeit („membership“) stattgefunden. Strukturell gesprochen kann die Mehrzahl der Bürger und Bürgerinnen („citizens“) gleichzeitig auch Außenseiter sein. Sie verlieren in unseren reichen Staaten an Einfluss. Über Generationen gab es in den meisten westlichen Ländern einen stetigen sozialen Aufstieg, nun ist es zum ersten Mal umgekehrt, besonders extrem in einigen Ländern wie den USA, Griechenland und Spanien, weniger stark in einem Land wie Deutschland. Bei der Frage der Zugehörigkeit muss nicht nur die ideologische Dimension berücksichtigt werden, sondern auch die strukturelle, wenn Sie so wollen, die „infra“-strukturelle Dimension von Zugehörigkeit. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger verlieren Zugehörigkeitsrechte. Daher sollte eine transversale Solidarität mit Migrantinnen und Migranten, mit Flüchtlingen entstehen, anstatt sie als Ursache für diese Verluste zu sehen.

Wenn wir uns die Frage stellen, wer in unseren westlichen Ländern an Rechten gewinnt, dann sind es nicht die Bürger und auch nicht die Immigranten, sondern Unternehmen und Finanzinstitute. Sie haben in einem recht außergewöhnlichen Maße an Zugehörigkeitsrechten gewonnen. In einigen Ländern mehr als in anderen. In Deutschland ist die Situation etwas anders, ganz anders als in den Vereinigten Staaten, aber auch hier haben Unternehmen und Finanzinstitute an Rechten gewonnen. (...) Es ist an der Zeit, die Frage nach der Zugehörigkeit zu stellen. Wir müssen die Zugehörigkeitspolitik überdenken und zwar mit Hilfe von fundierten Informationen, analytischen Methoden, usw.

Es gibt drei Arten von analytischen Verfahrensweisen, die ich verwenden werde, ohne sie zu erwähnen. Eine davon ist die Vorstellung von ‚Bedeutung‘. Damit ist der Versuch gemeint zu verstehen, was geschieht, wenn feste Bedeutungen destabilisiert werden. Zum Beispiel: Wovon reden wir, wenn wir von Immigration oder von Immigrantinnen sprechen? Oder wenn wir von Urbanisierung sprechen, worüber reden wir dann eigentlich? Nun, wir reden dann auch von Menschen, die vertrieben werden, denn allein in den letzten fünf Jahren wurden 220 Millionen Hektar Land gekauft. Diese

Menschen werden dann von ihren kleinen Höfen und von ihrem Land vertrieben. Wohin gehen sie dann? Sie gehen in die Städte. Wenn ich also von Urbanisierung spreche, dann kann ich nicht nur von "Stadt" reden, ich muss auch noch etwas anderes einbringen. Das gleiche gilt für die Immigration. Ich will nochmal von vorne anfangen: Wer sind sie, die Immigrantinnen und Immigranten in der heutigen Welt? Wer sind sie, die Bürgerinnen und Bürger in der heutigen Welt? Das zweite hängt mit dem ersten zusammen und es geht wirklich darum: Was sehen wir? Was finden wir im Schatten des hellen Lichtes, das von einer nachdrücklichen, dominanten Erklärung ausstrahlt? Ein Bild verwende ich in diesem Zusammenhang gerne: eine dunkle Straße in der Nacht, ein greller Lichtkreis. Je stärker dieses Licht, desto stärker die Erklärung. Je eher ich alles in diesem Lichtkreis sehen kann, desto schwieriger ist es zu verstehen, was im Schatten liegt, der sich unmittelbar um den Lichtkreis herum befindet.

Wenn wir heute von Immigration reden, dann steht uns eine Reihe von Faktoren zur Verfügung, mit denen wir die Immigrantinnen und Immigranten kennzeichnen. Dasselbe gilt, wenn wir von Bürgerinnen und Bürger reden. Meine Version, mein Ort, meine Zone für Forschung und Theoretisieren liegen im Schatten von schlagkräftigen Erklärungen. Ich lehne diese nachdrücklichen Erklärungen nicht ab, aber gerade weil sie so nachdrücklich sind, will ich wissen, was ich ihretwegen nicht sehen kann.

Der dritte Aspekt ist die Frage des Territoriums. Territorium bedeutet weder Boden noch Land noch Raum. Mit dem Begriff Territorium verbindet sich eine sehr komplexe Kategorie mit einer darin verankerten Logik von Macht und der Erhebung von Ansprüchen. Als die Bauern in einigen Teilen der Welt von ihrem Land vertrieben wurden, wurden sie nicht einfach von ihrem Land vertrieben, sondern von einem Territorium, das mit Bedeutungsgeschichten, mit Arbeits- und Produktionsgeographien, usw. verwoben ist.

In der heutigen Welt mit ihrer Geographie von zentralen Regionen weicht der Begriff des nationalen Territoriums allmählich auf, was uns wieder auf die Frage bringt: Wer sind wir, die Durchschnittsbürger? Und wer sind sie, die Immigrantinnen? Ich möchte nochmals wiederholen: Ich konzentriere mich auf eine Extremsituation, nicht auf das Normale, ich spreche also vom wirklich äußersten Rand. Ansatzpunkt ist, dass der Fokus auf die Extremsituation heuristisch ist. Sie führt zu Erkenntnissen über mehr als sie selbst. Das ist so etwa der Gedanke, den ich verdeutlichen möchte.

Zur Veranschaulichung möchte ich den Begriff Rücküberweisungen ein bisschen ins Wanken bringen, sozusagen als Ansatz für Analysen, wie wir uns umpositionieren. Rücküberweisungen sind wegen ihres sehr ideologischen Kontextes bedeutungsvoll. Was oft hinzukommt ist die Frage: ‚Jetzt kommen diese Immigranten aus Niedriglohnländern, und was machen sie? Sie arbeiten hier und das Geld, das sie hier verdienen, schicken sie in ihre Heimat zurück‘. Das klingt, als wolle man sagen: ‚Seht, wie schlecht das ist, überhaupt nicht gut. Die Immigrantinnen hier in meinem Land, wohin überweisen sie ihr Geld?‘ Normalerweise denkt man hier in erster Linie an die gering verdienenden Arbeitsmigrantinnen, nicht an die Fachkräfte aus dem Ausland. Und so kommt man auf eine Liste sogenannter armer Länder.

Ich bin ein bisschen davon abgewichen und habe die Fragestellung etwas verändert: In welche Länder gehen die meisten Rücküberweisungen? Das ist eine Analysetaktik. Das Ergebnis ist folgendes: Unter den Top Ten sind fünf reiche Länder, wie das Vereinigte Königreich zum Beispiel. Dort hat man immer das Gefühl, man werde von Polen geradezu überschwemmt, aber in das Vereinigte Königreich fließt mehr Geld zurück als nach Polen. Und wenn wir uns die ersten 20 Länder anschauen, dann sind auch die USA unter den ersten 20. Das zeigt uns ein Bild von einer ganz anderen Welt von Rücküberweisungen, bei der Fachkräfte aus dem Ausland eine Rolle spielen. Eine Frage, die sich mir stellt, und die ich hier nicht beantworten möchte, ist, was aus den Begriffen Immigration und Rücküberweisungen wird, wenn diese Informationen berücksichtigt werden? Wie heben wir die oft sehr negative Bedeutung auf, die mit Immigration assoziiert wird, wenn wir erst einmal mit dieser Art Arbeit beginnen? Was ist mit der Destabilisierung des Themas Immigration? So komme ich nochmals auf die Frage zurück, die ich schon gestellt habe: Was sehe ich nicht, wenn ich von Immigration spreche?

Ein Punkt ist, dass alle Immigranten Bürger sind. Sie alle sind Bürger, wenn auch nicht des gleichen Landes. Wenn ich von Immigration spreche, dann lasse ich das außer Acht. Dies führt in den USA zum Beispiel zu der sehr einfachen Vorstellung, dass man Immigrantinnen nicht nur als illegale Einwanderer behandeln kann, sondern fast als illegale Menschen. Das ist ein sehr schmaler Grat.

Nun zum zweiten Punkt, den ich hinzufügen möchte: Dem WTO-Vertrag von 1994 entsprechend gelten Personen als Träger von Rechten, und zwar von übertragbaren Rechten, und Firmen beschäftigen ihre Mitarbeiter nach

den Bestimmungen des WTO-Vertrages. Ich erwähne das, weil sich die Diskussionen normalerweise um solche Rechte drehen wie die umfassenden Rechte, die ein Bürger oder Mensch hat oder haben sollte und die mit den Nationalstaaten zusammenhängen. Wenn es darauf ankam, gab es mächtige Akteure wie multinationale Konzerne, die bekommen haben, was sie wollten. Sie wurden zu einer Person mit übertragbaren Rechten, und es sind recht bedeutende Rechte, umfassende Rechte, wie es in der Rechtssprache heißt. Es sind befristete Rechte, die nicht ewig Bestand haben. Aber viele Länder, mehr als 180 Länder, erkennen diese Rechte an. Wenn wir zusammenfassend sagen: „Alle Immigrantinnen sind Bürgerinnen irgendeines Landes“ und wir es mit Personen zu tun haben, die offiziell anerkannte übertragbare Rechte haben, welche in den meisten Ländern der Welt anerkannt sind, dann ergibt sich daraus ein umfassendes Arbeitsprogramm. Die WTO-Verhandlungen dauerten Jahre, aber es ist realisierbar, und das ist ein Weg dorthin. Das heißt nicht, dass man jeden für immer aufnehmen muss. Es heißt lediglich, dass man anerkennt, dass Immigranten auch Bürger sind. Und die Rechte, die ein Bürger in seinem Heimatland hat, können nicht einfach über Bord geworfen werden, als gäbe es sie gar nicht.

Um drittens zu verstehen, was Immigranten sind, verwende ich die Strategie der Benennung von Immigrationsräumen. Diese entstehen durch vielfältige Instrumente, Rechtsinstrumente, praktische Dinge, Unternehmenspräferenzen, die Wirtschaftsform, welche Art von Arbeit benötigt wird. Im Nachkriegseuropa waren diese Immigrationsräume gekennzeichnet durch die Nachfrage nach Landarbeitern, Bauarbeitern, Fabrikarbeitern. Heute ist das Spektrum viel breiter. Ich rechne ausländische Fachkräfte und alle sonstigen dazu. Unter dem Aspekt von Immigrationsräumen wird auch deutlich, dass eine Person durch diesen Raum erst hervorgebracht wird, entsprechend dem Recht oder der Kultur eines Raumes, der Gesellschaft. Sie wird in einer bestimmten Art und Weise geprägt. Es ist nicht nur die Person selbst, es ist der Raum, in dem sie sich bewegt. Aber die Person kann die Räume auch wechseln.

Ich kam in die Vereinigten Staaten (...) genau genommen als Einwanderin ohne Papiere, als illegale Einwanderin, wie es in der Rechtssprache heißt. Mein erster Job in den USA war Putzfrau. Die anderen, mit denen ich zusammengearbeitet habe, kamen zumeist aus der Karibik, der Afro-Karibik, einige aus Kolumbien, und alle kamen aus recht gutem Hause. Wirtschaftlich gesehen, meine ich, dachte niemand von uns, dass dies unsere Be-

stimmung sei. Es war ein erster Schritt. So betrachtet versteht man, dass die Bezeichnung Immigrantinnen weit weniger bedeutsam und inhaltsreich ist.

Was also sind Immigranten?

Der Begriff weist sehr viele Unterschiede auf. Wenn ich bei sehr formalen Tagungen im Ausland gefragt werde, was ich mache, dann antworte ich: Ich bin eine Gastarbeiterin. Meist werde ich korrigiert: Nein, nein, Sie sind doch eine in den USA lebende ausländische Expertin. Ich antworte dann immer: Entschuldigung, aber ein Experte aus dem Ausland ist auch ein Gastarbeiter.

Und um dieses feste Thema erneut aufzulösen, möchte ich nun etwas Ähnliches tun und den Begriff Bürger auseinandernehmen. Obwohl Bürger ein sehr konkret gefasster Begriff ist, ist er dennoch in der Lage ist, sich ständig neu selbst zu erfinden. Analytisch gedacht ist Staatsbürgerschaft ein unvollendet theoretisierter Vertrag zwischen dem Staat und einem Volk. (...) Diese Unvollständigkeit bietet die Möglichkeit, sich neu zu erfinden. Es gab Zeiten, in denen die Rechte für Bürger zugenommen haben, und es gab Zeiten, in denen wir Rechte verloren haben. Und heute verlieren nicht nur Bürger, die eine Minderheit darstellen, Rechte, sondern wir alle verlieren Rechte. Für einige, für bestimmte Eliten, spielt das keine Rolle, für andere schon. Im Gesetz gibt es so ein Subjekt wie den Staatsbürger nicht. Vielmehr sind wir in einer Lage, die sich über vielfältige hoch spezialisierte Fachbereiche erstreckt, und es bedarf großer Anstrengungen, festzulegen, welche Rechte wir haben, welche wir erwerben und welche wir verlieren. Das Thema, dass Bürger Rechte verlieren, hat den Zweck, eine strukturelle Lage sichtbar zu machen, die zeigt, dass es unsere transversalen Solidaritäten sind, die heute zählen. Mit unserem Staat müssen wir uns auseinandersetzen, wir müssen kämpfen, usw. Wir müssen Ansprüche stellen, wir müssen versuchen, etwas zu verändern. Aber es existiert die Tatsache, dass Transversalitäten häufig verschwinden, besonders in diesem von Ideologien geprägten Zeitraum.

Einen weiteren Punkt halte ich in diesem Zusammenhang noch für wichtig: das in der Verfassung verankerte Recht, den Staat zu verklagen, was in den USA zu den Anfängen gehört, in Europa jedoch nicht. Sie haben dieses Recht erworben: Einige Länder vor dreißig Jahren – einige etwas später. Die Zeit vor den 1980er Jahren ist eine interessante Zeit. Es ist die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und von daher herrschen besondere Umstände. Schließlich und endlich ist das Menschenrechtssystem der Ver-

einten Nationen (UN) ein schwaches transversales System, aber wir wissen jetzt, dass es bestehen bleibt. Ebenso möchte ich mit dem Immigranten ohne Papiere verfahren, aber hier läuft das analytische Verfahren anders als beim Staatsbürger, und der Immigrant ist in dieser Hinsicht eigentlich kein Bürger, er ist ein Bürger, der gar nicht existiert. Dieser Bürger taucht nur dann auf, wenn die Verletzung eines Gesetzes festgestellt wurde. Dann bestraft oder verzeiht das Gesetz, aber dann wird der Körper desjenigen ohne Papiere, wenn Sie so wollen, der Träger von etwas, das existiert. (...) Es ist für mich sehr bezeichnend, dass der Akt eines Gesetzesverstoßes eine Spur hinterlässt, einen Fußabdruck, der möglicherweise die Grundlage für einen Anspruch, für das Stellen eines Anspruchs bildet. Wenn eine Amnestie gewährt wird, wissen wir alle, dass man draußen ist, wenn man die Gesetze des Landes nur sechs Monate oder ein Jahr lang verletzt hat. Hat man das Grundgesetz des Landes zehn Jahre lang verletzt, dann hat man einen Anspruch auf Amnestie. Aus der Sicht eines aufnehmenden Landes ist der Immigrant ohne Papiere ein sehr komplexes Subjekt und es geht auch um diese Frage der Körperlichkeit, wie der Körper wieder einreist, der Körper als Lieferant von Organen, der Körper als Anbieter von Arbeit und nicht als ein mit Rechten versehener Arbeitnehmer, aber der Körper auch als Träger des Gesetzes entweder im Falle eines Verstoßes gegen das Gesetz oder einer Genehmigung im Falle eines Immigranten ohne Papiere. Eine weitere Situation, die andersherum funktioniert, um die Nicht-Abschiebung zu vermeiden ist die Gerichtsbarkeit eines Staates auf Hoher See. Bei dieser Gerichtsbarkeit muss der Staat seine eigenen Gesetze nicht respektieren bzw. sich an sie halten.

Diese Art der Gerichtsbarkeit finden wir auf den Flughäfen Charles de Gaulle und Heathrow, ich weiß nicht, ob Frankfurt sie auch hat. Snowden z.B. war nicht in einem Einkaufszentrum am Flughafen, sondern in Hongkong in einer kleinen Halle, nicht abgefertigt. Ähnlich ist es bei den bekannteren Fällen, die sich im Mittelmeer abspielen. Hier gibt es ein Gebiet in der Mitte, so dass die Schiffe aus dem Norden, aus Europa, die Schiffe mit den Immigranten zurückhalten. Der Staat ist zu nichts verpflichtet. Sie könnten Flüchtlinge sein, aber man muss sie nicht anerkennen, sondern schickt sie wieder zurück. Diese Gerichtsbarkeit der Staaten auf Hoher See ist ein Instrument, das die Staaten entwickelt haben, denn die meisten Staaten sind Unterzeichnerstaaten bezüglich der Nichtzurückweisung, usw. Alles wurde geregelt, so dass die Staaten diese Gerichtsbarkeit umgehen können. Sie haben dieses System auch für Flughäfen entwickelt, für

große Flughäfen, denn die sind die Hauptankunftsstätten. Also kann man die Immigrantinnen, die man nicht will, zurücksenden und man muss nicht einmal das eigene Gesetz respektieren. Als dieser Miranda in Heathrow festgehalten wurde, war das sogar noch interessanter, denn der Staat hatte ein geheimes Gesetz verabschiedet, das seine Agenten im Hinblick auf die terroristische Bedrohung ermächtigte. Dieses Gesetz wurde sichtbar, als die britische Regierung es anwendete, aber in einer Zone, in der sie gar keine Befugnis hatte. Sie waren nicht dazu berechtigt, dieses Gesetz anzuwenden, denn dieses Gesetz ließ sich auf diesen Raum gar nicht anwenden. Ich weiß nicht, ob man mir hier folgen kann, aber für mich ist diese Situation schrecklich amüsant, aber natürlich auch sehr gefährlich. Was wir hier sehen, ist die Bereitschaft des Staates, seine eigenen Gesetze zu verletzen. Und wenn Sie sich das Finanzsystem anschauen, dann erkennen Sie überall diese Bereitschaft. Sicherlich gelten die Grundgedanken der Gesetze, aber es finden auch Verletzungen auf einer formaleren Ebene statt. Hierzu kann noch viel mehr gesagt werden, aber jetzt möchte ich mich noch dem Gedanken einer Art informeller Staatsbürgerschaft und einer effektiven Staatsangehörigkeit zuwenden. Ich rede jetzt von einem langfristigen Aufenthalt, dem Alltag unserer Durchschnittsbürger, die ihre Kinder zur Schule bringen, usw. Wie Sie vielleicht wissen, gibt es in den USA elf Millionen Immigranten ohne Papiere und viele von ihnen leben schon seit Jahren dort. Ihr Alltag gleicht dem der Staatsbürger, häufig dem der ärmeren, aber auch dem der nicht so armen. Dies sind also Faktoren, die die Formalitäten der Zugehörigkeit destabilisieren und möglicherweise einen begrifflichen aber auch politischen Rahmen eröffnen, in dem die Frage der Zugehörigkeit neu diskutiert werden muss.

Konkreter gesagt, wie hängt Immigration mit der echten Frage zusammen: Inwieweit ist ein Großteil der Immigration heute durch Vertreibung begründet, Immigration als Vertreibung? Nicht Migration wie wir sie aus den 1800ern kennen, wo die Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben waren, sondern weil Menschen vertrieben werden, und zwar nicht aufgrund von Kriegen, die sie zu Flüchtlingen werden lassen, sondern eher aus wirtschaftlichen Gründen. Daher möchte ich bei dem Begriff Urbanisierung ansetzen, dem populären Begriff, den heute nahezu jeder benutzt. Die meisten Menschen in der Welt leben heute in Städten, die Weltbevölkerung wird urbanisiert, usw. Ich frage mich: Was sehen wir nicht, wenn wir von Urbanisierung sprechen? Eines der Dinge, die wir nicht sehen, ist das "Landgrabbing". Ich bin sicher, dass das jedem bekannt ist. Ich möch-

te diese Zahl herausstellen, die herauszufinden eine kollektive Anstrengung bedeutet. Tatsache ist, dass 200 Millionen Hektar Land seit 2006 gekauft wurden, soweit ein ganzes Netzwerk von Statistikern das feststellen kann, ist das durchaus real. Diese Entwicklung zeichnet sich übrigens auch in Europa ab. Vorsorgende Unternehmen investieren in Land und sie hindern kleine Bauern am Landkauf. Ich weiß nicht, ob sich die Menschen dessen bewusst sind. Diese Entwicklung hat in Europa gerade erst begonnen, denn Agrarunternehmen sind eine Geldquelle. Es findet eine Kommodifizierung und Finanzialisierung statt. Wenn China im Kongo 2,8 Millionen Hektar Land kauft, um Palmen anzupflanzen, zieht dies eine massive Vertreibung von Fauna, Flora, Dörfern, ländlichen Herstellungsbereichen und von Menschen nach sich. Wohin gehen diese Menschen? Sie gehen in die Städte. So erscheint die Migration eher als Vertreibung. Hier sind einige Zahlen, ja, Afrika ist immer noch am stärksten betroffen, aber es geschieht allmählich auch an vielen anderen Stellen. Und in Europa, besonders in Osteuropa, ist diese Entwicklung auch sehr im Kommen. Die meisten Leute sagen, dass es hauptsächlich um Nahrungsmittelpflanzen geht, aber es sind meist industrielle Feldfrüchte, das heißt, man kann das, was man anpflanzt und wofür man arbeitet, gar nicht essen. Somit haben wir heute in Teilen der Welt mit dem Problem des Hungers zu tun, wo früher nie Hunger herrschte – wie zum Beispiel in Teilen von Argentinien und Brasilien – man war zwar arm, aber man litt keinen Hunger. In Brasilien konnten die Menschen diese schwarzen Bohnen essen, aber jetzt, wenn man Soja und Ölpalmen anpflanzt ... Wenn man dies Immigration nennt, wenn man von der Empfängerseite der Immigration ausgeht, dann ist das sehr problematisch. Unsere eigenen Firmen produzieren dieses Ergebnis, aber es ist nicht wünschenswert, wenn die Leute ankommen, so die Politik. Es geht nochmals um die Frage, was es wirklich bedeutet, Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat zu haben. Lassen Sie mich ein ganz einfaches Beispiel nennen: man versucht, ein öffentliches Transportsystem aufzubauen, mit anderen Worten, ein Transportsystem, das für jeden zugänglich ist. Dann kann man nicht fragen: Sind Sie legal hier? Nein, so funktioniert das nicht. Jeder kann mitfahren. Als die Außenseiter anfangen, denken Sie an die Arbeiter in den Fabriken, dann waren sie auch häufig Außenseiter, auch in Deutschland. Sie beanspruchten öffentliche Wohnungen, öffentlichen Personenverkehr, öffentliche Schulen. Diese Ansprüche führten, und Sie wissen, dass es dazwischen noch kleine komplizierte Geschichten gibt, zu einer Ausweitung der Rechte für jedermann. Wenn man die Außensei-

ter dieser speziellen historischen Periode betrachtet, dann erkennt man, dass die damalige Systematik die eines Einbringens und Erweiterns war. Diese Systematik besteht heute nicht mehr. Heute funktioniert das alles nicht mehr. Teils weil jeder zu den Verlierern gehört, außer einigen wenigen da oben, ungefähr 20 Prozent. Einige von uns gehören natürlich zu diesen 20 Prozent, wenn man vom Einkommen ausgeht, aber hoffentlich nicht vom politischen Standpunkt aus.

Jetzt möchte ich zum Schluss kommen mit dem Beispiel der Überwachungssysteme. Es gibt zehntausend Gebäude in den USA, die der Überwachung dienen, riesige Bauten, mit anderen Worten wieder eine Materialität, die sehr sichtbar ist, aber de facto sind sie unsichtbar. Hier geht es um eine Überwachung des Alltags, obwohl Überwachung hier eigentlich die falsche Bezeichnung ist, weil es eher um ein Sammeln all unserer Daten, all unserer E-Mails geht.

So läuft das übrigens in den Vereinigten Staaten, aber ich würde sagen, dass Deutschland ebenfalls so vorgeht, das Vereinigte Königreich und Frankreich auch, sodass es sich de facto um ein grenzüberschreitendes System handelt. Also ist der Überwacher, der Überwachungsapparat voller Ausländer, es sind private Unternehmen. Wenn man zu den besten gehört, in geringerem Maße wenn man Russe oder Indonesier ist, wird man angeheuert. Das halte ich noch für das Sympathischste an diesem System, nämlich das es ziemlich entstaatlicht ist. Die diesem System zugrundeliegende Logik besagt, dass man ein Verdächtiger ist, warum sollte sonst dieses ganze Aufhebens gemacht werden? Dann entsteht im Sinne der Transversalität die Frage wer bzw. wie wir uns organisieren sollen? Die fundamentale Frage ist folgende: Wer sind wir, die Bürger, wenn wir vorverurteilt werden und als Verdächtige angesehen werden? Lassen Sie uns also verstehen, wo unsere wahre Solidarität liegen sollte. Vielen Dank!

Diskussion:

Welche sind die wichtigsten Faktoren um eine neue Art der Solidarität zu kreieren/ entstehen zu lassen? Ist es innerhalb der Bildung, der Familie etc.? Geben Sie uns bitte ein paar Einsichten / Ansichten.

Dies sollte auf einer Vielzahl von Ebenen geschehen. Was wir verstehen müssen, ist, dass die ungerechten Realitäten transversal verlaufen/funktionieren. Der Fakt, dass heute die Töchter und Söhne der Mittelklasse in vielen unserer Länder an Einfluss verlieren, stellt einen kritischen Bereich dar. Es geht weniger um ideologische Erklärungen, die etwa besa-

gen sagen, dass wir Einfluss verlieren durch einen großen Niedriglohnsektor. Das wird in einigen Ländern wie UK oder USA sehr stark vertreten. Es sind viele verschiedene Dinge, die aktuell gleichzeitig passieren, die uns in Richtung dieser Notwendigkeit einer neuen Solidarität drängen. Und verschiedene Faktoren in diesen unterschiedlichen Feldern sind vielleicht Teil davon. Es sind ökonomische, andere politische Faktoren, aber auch die Frage, was wir vom Staat erwarten und fordern.

Die Forderung nach der Schließung, dem Geschlossen-Halten der Grenzen funktioniert meines Erachtens nicht wirklich.

Grundsätzlich sollten wir begreifen und wahrnehmen, dass alle Migrantinnen ‚citizens‘ (Bürgerinnen) sind. Und das stellt für mich genau den wichtigen Bereich dar, in dem respektierende politische Positionen entwickelt werden können, um herauszufinden, wie Gesetze etc. weiterentwickelt werden könnten.

Der andere Aspekt über den wir hier reden, sind die Regierungen der Herkunftsländer. Die Staaten müssen bestimmte Verantwortung übernehmen. Nehmen wir die USA als Beispiel. Die Zuwanderer in den USA kommen nicht, wie man vielleicht denken könnte aus der ganzen Welt, sondern es sind besonders bestimmte Gruppen. Diese kommen vor allem aus Ländern, in denen die USA militärisch aktiv waren oder zu denen sie wichtige wirtschaftliche Beziehungen unterhalten. Wenn man einige Länder näher betrachtet wird immer deutlicher, dass ein bestimmtes Eingreifen der USA stattgefunden hat, bevor größere Gruppen aus diesen Ländern in die USA migriert sind. Und das ist der wichtige und kritische Punkt, Migration beginnt nicht allein in den Herkunftsländern, man kann es nicht völlig verallgemeinern, aber oft erkennt man besonders mit einem historischen Blick, dass Emigration auch durch das politische Vorgehen der Empfängerländer (mit)produziert wird. Dies wird auch im Bereich des ‚Landgrabbing‘ deutlich: es sind meist ausländische Akteure, die dort tätig werden und so auch zu Migration beitragen.

Es ist einfach an der Zeit, unser Bild von Migration zu verändern. Zudem ist es wichtig und interessant zu betrachten, wie das Gesetz die Migrantin/den Migranten behandelt. Meist wurden sie nur als Akteure des Migrationsprozesses betrachtet. Und wenn der Antrag auf Einreise gestellt wird, besteht die Ansicht, dass die Antragstellenden, ihre Forderung legitimieren müssen. Für mich ist das nicht korrekt. Denn oft steht auch etwas anderes dahinter und daher würde ich sagen, die Migration in die USA beginnt oft in den Konferenzimmern in New York und im Pentagon. Daher ist das,

was wir Migration nennen und in den Herkunftsländern startet und in den Zielländern endet, nur ein Teil der Geschichte. Es gibt auch diesen anderen Teil:

Die Flüchtlinge der heutigen Zeit, die nicht alle der offiziellen Flüchtlingskonvention entsprechen, sollten vielleicht dazu gezählt werden. Beispielsweise, dann, wenn man von seinem Land vertrieben wird. Das sind die Bereiche, die ich als Ursachen dieser Migration für wichtig halte, eher vielleicht als die Frage, wie Migration beginnt.

Also wie gehen wir damit um, dass alle Migrantinnen ‚citizens‘ (Bürgerinnen) sind? Es scheint zu überfordern, denn wie und wo sollen wir da anfangen?

Welche Prozesse müssen stattfinden, wie kann man sie steuern? Durch Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) oder was sind andere Möglichkeiten für diesen Wandel?

Lassen sie mich kurz auf den WTO Prozess eingehen, denn die vorherrschende Meinung vor diesem und auch danach war, dass man Rechte nicht ‚transnational‘ sichern könne.

Viele Migrationsexperten wissen nichts davon, sie schauen nicht auf die WTO; das Welthandelsrecht führt keine Menschen auf, es greift nur das Erbringen von Dienstleistungen auf. Diese Dienstleistungen können elektronisch erfolgen aber auch in der Form einer Fachkraft. Daher sind Menschen involviert.

Es geht dabei offiziell nicht um Migration. Aber das ist eigentlich eine Lüge, für die WTO hat es Jahrzehnte gedauert, es war kein einfacher Prozess, der dort verfolgt wurde, es steckt viel Arbeit darin, aber es hat sich etwas entwickelt. Was ich immer als notwendig gesehen habe, ist, dass die Länder, die hauptsächlich in die aktuellen Migrationsströme verwickelt sind, zusammenarbeiten sollten. Wenn es sich um ein machtvolles Unternehmen handeln würde, würde es dies sofort hinbekommen. Die EU hatte ein größeres Treffen vor zwei, drei Jahren im Juni anberaunt, wo sie die wichtigsten Länder Afrikas und die europäischen Länder, inklusive der osteuropäischen Staaten zusammengebracht hat, um dies zu versuchen. Dieses Treffen hat Schwierigkeiten zutage gebracht und der Prozess geriet ins Stocken. Und das ist das tatsächliche Problem. Wer hat die Fähigkeiten zu mobilisieren? Der immigrierte Arbeiter hat genug damit zu tun seinen Lebensunterhalt zu sichern, um sich um so etwas zu kümmern. Das sind sehr komplizierte Sachverhalte. Wo, in welchen Räumen, haben verän-

dernde Handlungen stattgefunden? Wer hat sich in der Vergangenheit für öffentliche Belange (wie öffentliche Schulbildung, Nahverkehr oder Gesundheitsversorgung) eingesetzt? Es waren oft die ausländischen Arbeiter, die sich an bestimmten Orten für diese Infrastrukturen eingesetzt haben, meist in den Städten. Es existieren natürlich Grenzen in welchem Umfang dies stattfinden kann.

Daher die Frage, welches sind die Räume in denen ein Wandel stattfinden kann? Gehen wir zurück zu den Menschenrechten. Vor dreißig Jahren dachten viele von uns, diese Idee wird nicht überleben. Heute ist es ein schwaches Regime, aber wir wissen, dass es auch weiterhin bestehen wird. Woher wissen wir das?

Wenn man die Geschichte der westlichen Welt betrachtet, aber auch die Entstehung der neuen Verfassungen in Lateinamerika, wird deutlich, dass es immer harte Arbeit war, etwas zu verändern. Dabei ist es nicht wichtig, dass es sich um den Großteil der Bevölkerung handelt, es ist kein demokratischer Wahlprozess, man braucht einfach ein bestimmtes Netzwerk auf das man zugreifen kann.

[...]

Wenn man sich darauf fokussiert, wer die größten und wichtigsten Transformationen angestoßen hat, sind es nicht die Mächtigen. Die Mächtigen brauchen keine großen Veränderungen.

Was wir brauchen, ist ein Level an Entschlossenheit. Das zeigt auch die Geschichte. Genauso brauchen wir bestimmte Zusammenarbeit und eine Art gesetzmäßiges Denken, um den Willen der Menschen, der Benachteiligten, einzubringen.

Ich hoffe daher, dass die Wahrnehmung, dass alle Migrantenzens` (Bürger) sind, und sie verdienen diese Anerkennung, unabhängig davon, ob wir sie aufnehmen oder nicht. Und auch wenn sie „illegal“ hier sind, müssen sie anerkannt werden. Meist nehmen wir sie erst wahr, wenn sie negativ auffallen. Dann werden sie auf einmal als ‚citizen` eines bestimmten Landes wahrgenommen. Dieser gesamte Prozess geht nur schrittweise voran und er braucht natürlich Zeit, ist zeitaufwendig.

Ein letztes Bild, das ich aufgreifen möchte ist Machtlosigkeit, Machtlosigkeit kann viele verschiedenen Formen annehmen und ist ein fundamentales, elementares Element. Aber es handelt sich auch um einen komplexen Zustand, denn Machtlosigkeit bedeutet nicht auch immer Machtverlust. Und in dieser Komplexität liegt immer noch die Möglichkeit Geschichte zu machen, politisch zu werden, etwas zu verändern, auch wenn man keine oder

kaum Macht besitzt. Sehen sie beispielsweise nach Ägypten, die Leute die auf die Straßen gingen, haben keine Verhandlungsmacht, aber sie machen Geschichte.

Insgesamt ist es wichtig die einzelnen Elemente zu erfassen, wahrzunehmen welche Themen auftauchen. Der eine Sektor, den wir nie damit assoziiert haben, dass er ein historischer Akteur sein könnte, denn die moderne Mittelklasse macht auf ihre eigene Art und Weise Geschichte, ohne an der Macht zu sein, sondern indem sie Dinge verlangt. Es mag einem vielleicht klein erscheinen, aber es führt zu Veränderungen.

Wie ist es möglich, Deregulierung von Regionalgesellschaften deutlicher in einen politischen Prozess zu bringen und dadurch auch das Thema Migration aufzugreifen? Die Zwischenebene des Regionalen, auf der sich Migration ereignet und auf der viele verschiedene Ursachen zusammen kommen, scheint nur schwer erfassbar.

Mehr und mehr ‚citizen‘ verlieren ihre ‚membership rights‘ (Staatszugehörigkeitsrechte/Bürgerrechte). Was können die souveränen Regierungen tun, um dies zu entschärfen, so dass sowohl der ‚citizen‘ (Bürger) als auch der/die MigrantIn davon profitiert? So dass sie sich nicht als Gegenüberstehende betrachten?

Ich denke der „Solidaritäts“-Aspekt ist kritisch, denn durch die Globalisierung ist Migration so vielfältig geworden. Die Migrantinnen untereinander fühlen sich kaum alle miteinander verbunden. Sie gucken eher aufeinander herab oder herauf. Sie mögen vielleicht gemeinsam haben, dass sie von einem Land in ein anderes migriert sind, aber wie kann man dann Solidarität entwickeln und Bewusstsein schaffen?

Sie haben über das Konzept des ‚citizenship‘ in bestimmten Territorien gesprochen, gleichzeitig haben sie hervorgehoben, dass es immer mehr nicht-territoriale Räume gibt. Könnten sie die Trends aufzeigen, die sich im Zusammenhang damit derzeit entwickeln, beispielsweise dass Staaten scheinbar immer mehr Zonen schaffen, in denen eine Art ‚citizenship‘-Losigkeit existiert, in denen mit Migrationsfragen umgegangen werden muss und wie wir mit diesen Entwicklungen umgehen können?

Ich beschäftige mich derzeit mit diesen Räumen, die aus den institutionellen Rahmen herausgenommen werden. Die Denationalisierung des Raumes zeigt sich beispielsweise auch in der Global City, es gibt nicht mehr das konsolidierte Territorium des Nationalstaates, es gibt immer mehr unterschiedliche Räume, die unter verschiedene formelle und informelle Restriktionen fallen. Es findet in einigen Bereichen eine immer stärkere Privatisierung statt, um sich vor Regulationen von außen zu schützen. Wenn man den Nationalstaat, wie wir ihn kennen, als Referenz nimmt, um zu verstehen was gerade alles passiert. Mit der Finanzwelt verglichen kann von ‚dark pools‘ gesprochen werden, in denen mittlerweile die meisten Transaktionen ohne Kontrolle von außen stattfinden, und die Regierungen lassen diese Räume zu.

Aber ein Teil, und das bezieht sich auf eine weitere Frage und eine weitere Dimension: der ausführende Arm der Regierung hat viele der eigenen Logiken in Bezug auf politische Entscheidungen etc. zurückgesetzt. Mein Argument ist, und das ist radikal, dass in dieser Ära der Globalisierung, in den letzten 30 Jahren, die ausführende Gewalt des Staates in bestimmten Bereichen Macht hinzu gewonnen hat und dass sie oft Ansichten globaler Akteure vertritt, sowohl von Unternehmen als auch von politischer Institutionen. Dadurch entsteht eine sehr merkwürdige Situation, denn wir sprechen immer noch von „dem Staat“, „dem Staatsapparat“, aber die ausführenden Organe stehen und handeln oft außerhalb dieses Staatsapparates. Und das ist der Raum, in dem sehr leicht Strategien umgesetzt werden können und werden, die nicht unbedingt dem nationalen Interesse entsprechen. Die Exekutive missbraucht teilweise ihre politische Macht.

Die gestellte Frage nach der Rolle des Nationalstaates und des nationalen Rechts in diesem Zusammenhang muss daher auf jeden Fall differenziert betrachtet werden. Es gibt diesen kleinen Teil, der sehr beschwerlich ist, und das ist die unfassbare Macht der Exekutive. Wir ‚citizens‘ haben Bedeutung, rechtliche Bedeutung, aber es betrifft nicht wirklich die exekutive Seite, sondern eher die Legislative. Und diese wird stark ausgehöhlt und untergraben – allein Deutschland bildet vielleicht eine Ausnahme mit einem starken Parlament, sie haben sogar eine Grüne Partei im Parlament, sie haben so etwas wie Politik – ok sie lachen, aber es ist im Vergleich immerhin etwas.

Was passiert, wenn man privatisiert und dereguliert ist, was in den letzten 30 Jahren stattgefunden hat, dass die Legislative und das Parlament un-

tergraben werden. Vieles, was zuvor das Parlament betraf, wurde privatisiert. Daher bezieht sich für mich vieles, was sich in Bezug auf Migration auf die Rolle des Staates richtet, auf die Frage, was ist das Bestreben oder mögliche Bestreben in Bezug auf die Neuformulierung des Verhältnisses zwischen ‚citizens‘ und Migrantinnen oder ‚citizens‘ und die Rechte, die sie verlieren. Die Rolle der Exekutive in diesem Zusammenhang ist sehr vieldeutig und verschwommen.

Ich denke wir ‚citizens‘ sollten überdenken, welche Teile des Staates ermächtigt werden müssen, damit unsere Forderungen überhaupt ankommen und wahrgenommen werden? Denn die Exekutive tut dies nicht. Obama ist ein netter Kerl, aber auch er ändert nichts, denn es sind nicht die Individuen, sondern die Strukturen, die dies manifestieren.

Unsere Geschichte ist voll von bedeutenden Zeitpunkten, welche sich wiederum mit der Zeit normalisieren: Auch die Französische Revolution war mehr Prozess als Moment– es dauerte etwa zehn Jahre oder so, es kann nicht allein an einem bestimmten Zeitpunkt festgemacht werden, es handelt sich um durchaus lange Zeiträume, und dann zeichnet sich eine Geschichte mit neuen Elementen ab. Einige von ihnen werden formalisiert, aber vieles läuft „informell“ ab.

Damit kommen wir zurück zu der Frage der Anerkennung, der Gliederung des Staatsgebietes, des Nationalstaates, es handelt sich nicht um eine gleichförmige Fläche. In Spanien kann man erkennen, dass die spanische Regierung viele der regionalen Initiativen, wie Katalonien etc., auf einem subnationalen Level der Regierung institutionalisiert hat. Dies hat dazu geführt, dass es dort weniger Stimmung gegen Einwanderern gibt, als beispielsweise in den Niederlanden.

Historisch gesehen spielten in Europa die Städte eine bedeutende Rolle in der Entwicklung von Strategien, die, und das ist besonders wichtig, direkt oder indirekt den Menschen einbezogen haben. Aber die Frage ist, ist das genügend? Nein! Ist die nationale Regierung das Organ, auf das wir uns verlassen können? Problematisch! – wie ich gerade zum exekutiven Teil der Regierungen ausgeführt habe. Die Exekutive ist heutzutage eine neue Zone. Es ist eine schwere Zeit, mit dieser „nationalen“ Frage umzugehen, über Integration zu diskutieren und die Frage der Herkunfts- und Zielländer, die Zusammenarbeit von verschiedenen Staaten – sehr problematisch.

Und dann beziehe ich mich nochmal auf ihre Frage, die auch sehr wichtig war – Solidarität sowohl unter den Migranten als auch zwischen den Migranten und den ‚citizens‘.

Ich habe mich mit Binnenmigration in Europa beschäftigt: als die Migrantinnen demselben Phänotyp, der gleichen Religionsgruppe usw. entsprachen, wurde der von „außen“ kommende auch nicht besser behandelt als heute. Der outsider war ein outsider und wurde rassistisch behandelt, auch innerhalb Europas. Aus unserer europäischen Geschichte wissen wir, dass der Fremde immer herausgefordert wurde, auch wenn er, wie wir heute sagen würden, aus derselben Kultur kam.

D.h. all die populären Erklärungsversuche, dass es heute viel schwerer sei, da die Menschen verschiedene Religionen, Kulturen und verschiedene Phänotypen besitzen, und daher auch eine Integration dieser Menschen viel schwieriger sei – ich sehe all dies eher als einen Kontrafakt und sage, dass es Unsinn ist, denn selbst als es sich um „dieselbe“ Gruppe, Phänotyp etc. handelte, gab es die gleichen Herausforderungen und Einstellungen. Ich denke, wir führen uns selbst in die Irre, wenn wir versuchen die Herausforderungen und Probleme allein an einzelnen Aspekten wie der Kultur aufzuhängen. Meiner Meinung nach ist es viel tiefgehender, es geht um die Frage des „outsiders“ – und wir haben dieses Verhalten nicht nur in unserer westlichen Kultur.

Und ihre Frage bezüglich der Migranten untereinander: das ist ein anderer Fall, natürlich finden dort Auseinandersetzungen und Kämpfe statt, aber für mich ist die interessantere Frage, wie die Zielländer mit dem Fremden umgehen. Ihre Frage richtete sich eher auf die Erfahrungen, die man so macht – wie man in New York scheinbar sieht, mögen die Leute aus Puerto Rico nicht diejenigen aus Kolumbien und die mögen sich wiederum nicht untereinander usw. Das gehört für mich eher zu der „survival“ Geschichte der meisten Migrantinnen, die in den Zielländern eine harte Zeit haben, und das ist der Punkt an dem solche Unterschiede/Auseinandersetzungen zwischen den Migranten eine Rolle spielen. So hatten beispielsweise viele schwarze Migranten in New York das Gefühl, dass sie an Einfluss verloren, als Migranten aus Lateinamerika kamen, die weiß waren. Aber das ist ein anderer Aspekt zu dem, wie die Zielländer den Fremden sehen und behandeln. Und ich möchte meinen Standpunkt nochmals verdeutlichen, ich denke wir führen uns selbst in die Irre, wenn wir all die Schwierigkeiten usw. mit Migranten auf den Kulturbegriff etc. beziehen.

Beispielsweise waren viele Muslime nicht so extrem eingestellt, bevor die USA ihre Länder überrollt haben – d.h. wir haben auch zu diesen Veränderungen beigetragen. Vermeintliche Unterschiede werden in den Diskussionen und Debatten missbraucht.

4. Fallbeispiele: „Migration- Arbeit- Grenzen“

4.1 Gestrandet im Transit: die Situation der Migrantinnen und Migranten in Mali und an den malischen Grenzen.

François Roméo Ntamag, Präsident der Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali / Mali (ARACEM)

Guten Tag, ich heiße François Roméo Ntamag, bin kamerunischer Staatsbürger und lebe seit sieben Jahren in Mali. Heute bin ich als Berater im Bereich Transitmigration tätig. Dass alles habe ich mit sehr viel Mut und Durchhaltevermögen erreicht, denn vor acht Jahren war ich eigentlich dem Tod geweiht.

Im Jahr 2003 brach ich mit 15 Jahren mit meinem älteren Bruder zu Fuß in Kamerun auf, um via Melilla nach Europa zu migrieren. Wir hatten damals kein Geld für Flugtickets und Visa. Fast ein Jahr lang waren wir unterwegs und haben dabei Nigeria, Benin, Togo, Niger und Algerien bis nach Marokko durchquert.

Fast sieben Monate haben wir in den Wäldern an der marokkanisch-spanischen Grenze gelebt. Im September 2005 nahm ich gemeinsam mit ungefähr 5.000 anderen Migranten an dem Versuch teil, die Grenzzäune Melillas zu überwinden, um auf spanisches Staatsgebiet zu gelangen. Mein Versuch scheiterte jedoch.

Als Reaktion auf diesen massenhaften Versuch wurde innerhalb Marokkos, unterstützt durch die EU, Jagd auf Migranten aus Sub-Sahara-Afrika gemacht und diese wurden anschließend rückgeführt. Damals wurden dann alle Migranten und Migrantinnen, die aufgegriffen wurden, von der IOM (International Organization on Migration) aus Marokko in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt.¹ Nach einigen Monaten fehlte jedoch das Geld, die Migranten in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Deshalb ging man dazu über, die verbliebenden Migranten einfach in die Wüste an die marokkanisch-algerische Grenze zu bringen. Diejenigen, die versuchten nach Algerien zu entkommen, wurden aufgegriffen und in Gefängnisse gesteckt. Ich selbst wurde dort auch durch örtliche Sicherheitskräfte interniert und nach diversen Gefängnisaufenthalten gemeinsam mit anderen in das Wüsten-Grenzgebiet zwischen Mali und Algerien deportiert. Normalerweise

¹ Beschreibung des Programms der freiwilligen Rückkehr:
<http://www.ch.iom.int/taetigkeitsfelder/weitere-taetigkeitsfelder/pim/marokko.html>

könnte man diese Entfernung in drei Tagen überwinden, doch für uns von Gefängnis zu Gefängnis hat es drei Monate gedauert. Dort ausgesetzt, 500km von Mali und 200km von Algerien entfernt, mitten im Nirgendwo, wurden wir uns selbst überlassen. Viele starben auf dem Weg durch die Wüste, aber mir gelang es zusammen mit meinem Bruder, mich nach Mali durchzuschlagen.

In Norden Malis fand zu dieser Zeit ein Aufstand statt und einige Journalisten waren dort unterwegs, um zu berichten. Sie wurden auf uns Transitmigranten aufmerksam und machten Fotos, erst durch sie wurde die Welt darauf aufmerksam, dass es uns überhaupt gab.

Zu Fuß gelangten wir Ende Juni 2006 bis nach Bamako, der Hauptstadt Malis. All diese Erfahrungen und Erlebnisse brachten uns dazu dort Ende 2006 unsere Initiative ARACEM zu gründen.

Heute verfügt ARACEM über zwei Zentren in Bamako, in denen pro Monat 120-150 Transitmigranten aufgenommen werden. Allerdings sollte man wissen, dass jeden Monat von den algerischen Autoritäten bis zu 1000 Menschen ausgewiesen werden. Diese werden zuvor an der malisch-algerischen Grenze durch das Internationale und das malische Rote Kreuz aufgenommen und dann an Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie ARACEM vermittelt. Neben Übernachtungsmöglichkeiten über die ersten Tage bietet ARACEM ihnen Nahrung, Kleidung sowie ärztliche und psychische Betreuung an. Darüber hinaus unterhalten wir ein Programm, das sich spezifisch der Unterstützung von Frauen, Kindern und Sex-Arbeiterinnen widmet. Neben der Not- und Übergangshilfe leisten wir Hilfestellungen bei der Beratung von Rückkehrern in ihr jeweiliges Heimatland und beraten das zuständige Ministerium gemeinsam mit AME in Migrationsfragen.

Zu Beginn unseres Projektes haben wir uns ausschließlich um Menschen aus Zentralafrika gekümmert, seit vier Jahren nehmen wir auch Migranten aus Westafrika auf, da uns aufgefallen ist, dass es zwar Organisationen gab, die sich speziell um malische Rückkehrerinnen kümmerten, aber niemand um diejenigen aus den Nachbarländern.

Auswirkungen der EU-Migrationspolitik

Die Südgrenze Marokkos/Algeriens lässt sich als eine vorgeschobene EU-Außengrenze beschreiben, bei denen diese Staaten seit etwa 2005 aktiv als Grenzpolizei agieren. Mittlerweile können Migranten aus Sub-Sahara Afrika kaum noch in diese Länder einreisen, geschweige sie durchqueren.

Im Jahr 2007 wurden Wiederaufnahmeverträge mit verschiedenen afrikanischen Ländern geschlossen, welche es Frankreich erlauben, *irreguläre* afrikanische Migrantinnen aus Frankreich in beliebige afrikanische Länder abzuschicken, d.h. wenn es gerade ein Flugzeug nach Kamerun gibt, werden auch malische Staatsbürgerinnen dorthin abgeschoben. Dadurch stranden Menschen in afrikanischen Ländern, die nicht ihre Heimatländer sind. Die Rückkehr der Betroffenen in ihre Herkunftsländer wird aufgrund der hohen Visakosten² und institutionellen Hindernissen erschwert bzw. blockiert. Allein in Mali sind etwa 7000 Menschen gestrandet, 4500 davon allein in Bamako.

Diese Situation wurde eigentlich als Transitmigration bezeichnet, was auf den Zustand des Übergangs, des Provisorischen hindeutet. Heute muss man aber wirklich von „Blockiertheit“ und „gestrandet sein“ reden.

Die dadurch immer größer werdende ausländische Bevölkerung in einigen afrikanischen Staaten trägt wiederum, auch in Bamako, zu einer erhöhten Fremdenfeindlichkeit unter der Lokalbevölkerung gegenüber Migranten bei.

Lebenszustände von gestrandeten Migrantinnen und Migranten und Aufforderung an die Entwicklungszusammenarbeit

Mali hat nicht die Ressourcen, sich adäquat um die Menschen, sowohl aus Mali als auch anderen afrikanischen Staaten, zu kümmern, die nach Mali zurückgeschoben werden, weshalb Nichtregierungsorganisationen (NGOs) diese Aufgabe übernehmen.

Aber auch diese haben mit begrenzten Ressourcen nicht die Kapazitäten sich längerfristig um diese Menschen zu kümmern und aufgrund der monatlich hohen Abschiebezahlen aus Algerien ist es ebenfalls nicht möglich, überhaupt alle Flüchtlinge und Migrantinnen aufzunehmen. Dies führt zu Obdachlosigkeit, Armut, Kriminalität und Prostitution. Diese Menschen kämpfen jeden Tag um ihr Überleben. Ich selbst habe einige Monate so gelebt. Die Umstände zwingen uns dazu, es gibt keinen anderen Weg.

Nach unseren Beobachtungen wollen 80 Prozent der in Mali festsitzenden Migranten wieder in ihre Heimat zurückkehren, während jeweils 10 Prozent eine erneute Migration nach Europa bzw. einen Verbleib in Mali anstreben. Aber alle diese Möglichkeiten werden eigentlich ad absurdum geführt, es geht eigentlich gar nichts, denn Mali befindet sich, wie sie wissen,

² Die ehemaligen Kolonialmächte drängten dazu, ein Visasystem aufzubauen, wo vorher frei gereist werden konnte

in einer sehr instabilen Situation. Selbst für die malische Bevölkerung ist das Überleben schwierig geworden.

Hinzu kommt, dass viele Programme von NGOs nicht an die aktuelle Situation angepasst sind. Sie bleiben fest verhaftet in ihren ideologischen Denkmustern der Vergangenheit. Deshalb fordere ich alle, die in diesem Bereich aktiv werden wollen oder unterstützen wollen dazu auf, sich erst mal vor Ort einen Überblick zu verschaffen und mit den vorhandenen Organisationen vor Ort zusammen zu arbeiten. Denn Programme sollten an die aktuelle Lebenssituation der Menschen angepasst sein.

Ich möchte mit einer Frage schließen: Wer ist der Migrant? – Merci.

Diskussion

Wie sind die lokalen Gruppen in Mali vernetzt? Wie arbeiten Sie mit anderen Gruppen in der Region und international zusammen? Wie nutzen Sie z.B. neue Medien und wo gibt es Anknüpfungspunkte, Ihre Arbeit z.B. auch aus Europa zu unterstützen?

In Mali allein gibt es 2.900 Vereine und 129 dieser Vereine widmen sich dem Thema Migration. 30 dieser 129 Vereine wurden von Migranten gegründet und werden auch von Migranten geleitet. Und zwei dieser Vereine sind auch Mitglied der entsprechenden Lenkungsreise des zuständigen malischen Ministeriums: Zu diesen gehört unsere Organisation, die ARACEM, die sich um alle Migranten und Flüchtlinge kümmert, die nach Mali zurückgeschoben werden, und die Association Malienne des Expulsés (AME), die sich um alle malischen Flüchtlinge kümmert, die nach Mali zurückgeschoben wurden. Ich will damit nicht sagen, dass die anderen Organisationen nicht glaubwürdig wären. Ich will nur sagen, dass die AME und wir vom Staat anerkannt sind und seit 2006 mit den gleichen Partnern zusammenarbeiten.

Wir sind in verschiedenen Netzwerken aktiv. In malischen Netzwerken geht es nicht nur um Migration, sondern auch um Landgrabbing, um Klimawandel, um politische Probleme, und alle die Menschen, die nach den letzten Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen im Norden Malis ihre Heimat verlassen mussten. Und dann geht es auch um Landgrabbing entlang des Flusses Niger. Denn seit drei Jahren haben Libyen und China die ganzen Uferflächen des Niger aufgekauft, um dort Reis anzubauen, der wiederum zurückgeschickt wird nach China und nach Libyen.

Wir sind international im Netzwerk Migreurop aktiv, dort sitze ich im Verwaltungsrat.³ Wir arbeiten ebenfalls mit ‚No Lager Bremen‘⁴, dem ‚Manifeste Euro-Africain‘⁵ und dem Weltsozialforum⁶ zusammen. Wir benutzen alle modernen sozialen Medien (Facebook, Skype) und wir haben deutsche und österreichische Partner.

Ich fordere alle Organisationen auf, sich bei uns vor Ort umzuschauen, bevor Sie am grünen Tisch etwas entwerfen. Schauen Sie sich bei uns um, sprechen Sie mit unseren Partnern und entwickeln Sie dann Programme, die wirklich etwas bewirken.

Um jetzt nochmal auf die Frage der Netzwerke zurückzukommen: In Afrika gibt es Kirchen, aber wir mussten die Erfahrung machen, dass die Kirchen es vorziehen, sich nicht mit den Problemen der Migration zu beschäftigen. Mali ist ein laizistischer Staat mit 80 Prozent muslimischer Bevölkerung und 20 Prozent Christen – wie wir. Aber es ist schwierig für die Kirchen, über die Probleme der Migration in Mali zu sprechen. Es gibt kleine Programme dank der Caritas, aber auch da haben wir das Problem, dass die Caritas International sich nicht um Migration kümmert. Deshalb ist unser Partner die Caritas Innsbruck.

Wo sind die Profiteure der Migration in Afrika?

Die Profiteure kennen wir alle. Wenn wir versuchen, über die Grenzen zu kommen und versuchen, Visa zu bekommen, sind die Profiteure aber nirgends zu sehen. Es gibt entwicklungspolitische Zusammenarbeit Malis mit Belgien, Deutschland, Frankreich. Aber diese Zusammenarbeit hilft der Regierung, nicht kleinen Unterstützergruppen. Der Staat soll zwar mit diesen Geldern Integrationsprogramme auflegen, aber das passiert nie. Um ihnen ein aktuelles Beispiel zu geben: Es wurden ungefähr 100 Lehrer aus Gabun ausgewiesen und vor sechs Monaten zurückgeschoben nach Mali. Und was macht der malische Staat? Er kauft diesen Lehrern Nähmaschinen. Sie können sich sicher vorstellen, was ein Lehrer mit einer Nähmaschine macht. Er verkauft sie, um seiner Familie etwas zu essen zu kaufen. Solche Fragen werden aber von der Regierung nicht bedacht und daher mein Appell an Sie, erst einmal genau das Terrain zu studieren, bevor Sie Programme auflegen. Man muss dazu auch wissen: Wenn die afrikanischen Länder solche Programme auflegen, dann immer mit den früheren

³ Website dieses Netzwerks: www.migreurop.org.

⁴ Website dieses Netzwerks: www.afrique-europe-interact.net

⁵ Website dieses Netzwerks: kompass.antira.info/netzwerke/manifeste-euro-africain

⁶ Website dieses Netzwerks: www.weltsozialforum.org

Kolonialherren. Burkina Faso z.B. hat Visa, die 80.000 CFA-Francs kosten, damit eins der teuersten Visa in Afrika, und arbeitet mit Frankreich, der früheren Kolonialmacht zusammen.

Wie ist die Situation der Frauen in der Migration und die Rolle der Beraterinnen in der Organisation?

Im Jahr 2003 bin ich aufgebrochen in die Fremde. Zwischen 2003 und 2005 waren ungefähr 10 bis 15 Prozent Frauen unter den Migrantinnen, heute sind es 40 Prozent. Sie wollen entweder zu ihrem Mann oder Lebenspartner oder im Fall westafrikanischer Länder fliehen sie vor Zwangsehen oder sie wollen ihre Lebensumstände verbessern. Seit 2010 ist die Situation bei uns, dass wir – finanziert über „La Cinade“, eine französische Organisation – mit 4.000 Euro ein Programm für Frauen und Kinder aufgelegt haben. Davon profitieren schwangere Migrantinnen, Kinder, Minderjährige. Für sie alle ist dieser Fonds. Ich kann ihnen versichern, dass Frauen auf dem Migrationsweg nicht marginalisiert sind, weil sie von den Männern geschützt werden. Wenn sie aber abgeschoben werden und im Transitland sind, dann gibt es alle möglichen Übergriffe.

Anfang dieses Jahres haben wir außerdem für diese Gruppe mit medico International, unserem Partner, ein Programm aufgelegt für die sog. Sexarbeiterinnen. Wir haben den Begriff Prostituierte vermieden, weil der im Kontext Migration nicht zutrifft. Wir leben in Mali mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und Prostitution ist verboten. Da die Sexarbeiterinnen deshalb allen möglichen Übergriffen ausgesetzt sind, haben wir u.a. Mediziner engagiert, die diese Frauen unterstützen.

Wir haben heute viel über „citizenship“ gehört. Welche Begrenzungen erlebt ihr als Kameruner in Mali?

Ich habe die malische Staatsbürgerschaft beantragt. Das ist noch nicht erreicht. Es wird eine neue Regierung geben und ich hoffe, dass die neue Regierung mich nicht auffordern wird, nochmal mit dem ganzen Papierkram anzufangen. Zwischen Kamerun und Mali gibt es keine Visumspflicht. Seit 1960 gibt es darüber ein Abkommen. Deshalb war es uns möglich, ARACEM zu gründen und mir war es möglich, mich an einer malischen Universität einzuschreiben. Aber um die Vereinigung gründen zu können, sollten wir 40 bis 50 Prozent malische Mitglieder haben. Da ich aber kein malischer Staatsbürger bin, heißen wir offiziell „Ausländische Vereinigung in Mali“. Und ich darf z.B. nicht im malischen Fernsehen zur malischen Po-

litik Stellung nehmen, obwohl ich zum Beratungskreis des Ministeriums gehöre.

4.2 Das verheißene Land – zwischen Ausbeutung und würdiger Arbeit: Der Kampf um Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte in der Migration

Dr. Irene Fernandez, Vorsitzende der Frauen- und Menschenrechtsorganisation Tenaganita/Malaysia

Ich freue mich und bedanke mich bei den Organisatoren, dass ich mit Ihnen die Erfahrungen meiner Organisation Tenaganita, was so viel wie „Kraft der Frauen“ bedeutet, teilen darf.

Wir arbeiten mit Frauen, Migrantinnen und Flüchtlingen. Unsere Aufgabe, unser Anliegen sehen wir im Schutz und der Förderung der Rechte der Gruppen mit denen wir arbeiten. Wir wollen Räume schaffen, in denen diese Menschen ihre Potenziale in der Gesellschaft entwickeln und ausschöpfen können. Einige Gruppen haben die Möglichkeiten und Instrumente dazu, aber gleichzeitig gibt es auch andere Gruppen, die stark von Armut und Hoffnungslosigkeit betroffen sind und für die Migration einen Ausweg zur Überlebenssicherung darstellt.

Mein Interesse an dem Thema Migration hat sich auch dadurch entwickelt, dass ich selbst ein „Produkt“ von Arbeitsmigration bin: Meine Eltern wurden aus Indien nach Malaysia gebracht, um auf den dortigen Plantagen zu arbeiten. Deshalb werde ich in Malaysia nicht als indigene Einwohnerin gesehen, aber wir sind Teil der malaysischen Bevölkerung, da die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien vor ihrem Rückzug sicherstellte, dass wir die Staatsbürgerschaft des Landes erhielten. Meine Geschichte zeigt Ihnen auch, dass Migration kein völlig neues Phänomen ist, aber dennoch kann Migration heute als ein sehr bestimmender globaler Faktor angesehen werden. Ich denke, heute gibt es kein Land auf dieser Welt, das nicht auf irgendeine Art und Weise von Migration betroffen ist oder beeinflusst wird. Es ist wirklich wichtig herauszustellen, dass wir uns auf einem neuen Weg befinden, hin zu einer Gesellschaft, in der Wohlstand nur noch von bestimmten Gruppen akkumuliert wird, die die Möglichkeiten und Instrumente dazu besitzen. Gleichzeitig bleibt eine andere Gruppe zurück, die - durch Armut und Hoffnungslosigkeit getrieben - in der Migration eine Mög-

lichkeit der Lebenssicherung sieht. Diese Gruppe hat keine Stimme und bleibt verfangen in diesem globalen Phänomen.

Migration ist heute zugleich „big business“. Sie ist hochgradig organisiert, stark strukturiert, es existiert ein System, das mit Migration verknüpft ist, um Profit zu machen. Und einen der größten Akteure dabei stellen die Anwerber oder die Vermittler dar, die ich tatsächlich mit ihrem brutalen Vorgehen als eine neue „Mafia“ in dieser Welt bezeichnen würde. Sie sind an zahlreichen Punkten der Migration involviert. Aber nicht nur die Anwerber, auch die Regierungen machen durch die strukturierte Form der Migration Gewinn. Dies sieht man besonders, wenn man die globalen Finanzorganisationen betrachtet und wie sie die Entwicklungen in diesem Bereich beeinflusst hat. Es ist wichtig, diesen Punkt zu betonen, denn viele, besonders die Spender und viele internationale Organisationen, unterstützen dieses Konzept von Migration und Entwicklung. Aber ich sehe große Probleme in diesem Konzept von Migration und Entwicklung und wie Prof. Saskia Sassen bereits erwähnt hat, stellen Rücküberweisungen einen wichtigen Aspekt innerhalb dieses Themenbereiches dar und werden als eine neue Art der Direktinvestitionen zur Armutsreduzierung gesehen.

Als die Vereinten Nationen (UN) die ‚Global Commission on International Migration‘ ins Leben rief, ist ein sehr guter und wichtiger Report entstanden, in dessen Prozess ich involviert war. Ein Fokus lag auf den Menschenrechten und dass die Menschenrechte der Migranten auf allen Etappen ihrer Migration respektiert werden müssten.

Doch in der Zwischenzeit entwickelten die internationalen Finanzorganisationen, im speziellen der IWF (Internationaler Währungsfond) und die Weltbank, einen anderen Bericht, den Sutherland-Report, mit einem Fokus auf Rücküberweisungen und wie durch Rücküberweisungen die Armutsreduzierung unterstützt werden kann und wie Länder dadurch ihre Schulden zurückzahlen konnten. Gleichzeitig waren wir, an erster Front zahlreiche Kirchen, alle dabei, den Schuldenerlass der armen Länder für das goldene Jubiläum der Weltbank zu organisieren. Und dann bekommen wir diesen Report, der sagt, Rücküberweisungen sind ein wichtiger Fortschritt, der Weg in die Zukunft.

Auf dem UN- High Level Dialoge on Migration 2006 wurde dann auch eine neue Organisation, das „Global Forum on Migration and Development“ (GFMD) geschaffen, und wer leitet diese Organisation, wenn nicht die Unternehmen, die Reichen? Und wie kann ich da glauben, dass es um

die Migration und die Entwicklung der Menschen geht, wenn es nicht um die Menschen geht, sondern um Rücküberweisungen.

Die armen Länder haben dann das, was ich Arbeits-Export-Strategien nenne, entwickelt. Wir drängen unsere Menschen aus dem Land, um Märkte zu finden und Migrantinnen werden zu Wirtschaftsgütern zum Export. Und heute hat sich der Menschenhandel in der Migration „etabliert“.

Den von Romeo bereits angedeuteten Konflikt möchte ich auch nochmal aufgreifen: Wer sind wir, wie handeln wir in Bezug zu Migration? Dies sind sehr zentrale Fragen. Und damit kommen wir zu Malaysia. Malaysia wird als ein reiches und boomendes Land wahrgenommen, es ist einer der Tiger-Staaten Asiens. Doch die stark wachsende Wirtschaft wurde aufgebaut auf Schweiß und Blut von Arbeitsmigranten. Die aktuelle Politik behauptet, wir werden immer weniger von Arbeitsmigranten abhängig sein, aber die Realität zeigt, die Abhängigkeit von Arbeitsmigrantinnen wächst jeden Tag weiter an.

Es leben 4,6 Mio. Arbeitsmigrantinnen in unserem Land, wovon 50 Prozent ohne Papiere sind. Es ist wichtig zu beachten, dass der Migrant/die Migrantin, der/die migriert, ein Mensch ist, eine Mutter, eine Ehefrau, ein Vater, ein Kämpfer, er/sie besitzt vielschichtige Identitäten, die diesen Menschen dazu bringen, dieses Arbeitsvertragssystem einzugehen. Diese Identitäten werden im Gesamtprozess der Arbeitsmigrantinnen nicht wahrgenommen, nicht respektiert. Ein weiterer wichtiger Aspekt, den auch Saskia Sassen aufgeworfen hat, ist der Aspekt der Kontrolle/ Überwachung – ich betrachte es als eine Frage der Sicherheit. Dies ist durchaus widersprüchlich, auch unser Umgang mit dieser Situation: In Malaysia ist das Home Ministry (Innenministerium) das Hauptministerium, das im Zusammenhang mit Arbeitsmigration entscheidet, nicht etwa das Arbeitsministerium. Es ist das Innenministerium, welches die Arbeitserlaubnisse und die damit verbundenen Visa vergibt. Dabei betrachtet das gesamte Ministerium die Migranten eher als eine Art Sicherheitsrisiko, eine Sicherheitsbedrohung, als ein Arbeits- und Wirtschaftsthema. Aus dieser Perspektive treffen sie die Schlüsselentscheidungen über Arbeitsmigrantinnen und das stellt für mich eine konfliktgeladene Situation dar.

Das ist deshalb wichtig, weil für Migranten oft die wichtigste Frage ist, ob sie gültige Papiere haben oder nicht und ob sie einen Pass besitzen oder nicht. Auf den Reisepass bauen zahlreiche Ebenen der Diskriminierung auf. Wenn eine Migrantin für die Arbeit in Malaysia angeworben wird, und das gilt in ähnlicher Weise auch für viele andere Länder, dann wird eine Art

Stigma kreiert, ob ich als `citizen` angesehen werde oder nicht oder ob ich eine Arbeitsmigrantin bin oder nicht. Der Status definiert, ob ich meine Rechte einfordern kann oder nicht. Und das ist der Bereich, in dem die Aspekte „dokumentiert, diskriminiert und kriminalisiert“ hervortreten.

Heute führt die malaysische Regierung innerhalb des eigenen Landes eine Jagd auf die Migranten ohne Papiere aus - mit verschiedenen Operationen in Zusammenarbeit mit Polizei und Armee, so wie es auch Romeo beschrieben hat. Und damit wird weiterhin nach außen vermittelt, dass Migranten ein Sicherheitsrisiko darstellen, die Kriminalität ins Land bringen. Und wenn Sie dann die Polizei fragen, welche Anzahl von Verbrechen wird von Migranten ausgelöst? Es ist nur ein Prozent!

Die Nichtanerkennung bringt eine Auslöschung der Rechte mit sich, oft werden diese Migranten als „illegal“ bezeichnet. Aber ich denke, wir können davon ausgehen, dass kein Mensch in dieser Welt illegal sein kann. Würde das nicht auch bedeuten, dass der Migrant/die Migrantin nicht würdig ist zu existieren und aus der Gesellschaft gedrängt wird? Die fundamentalen Grundlagen dieser Debatte sind wichtig, um zu sehen, welche Rechte man später einfordert.

Dies alles beschreibt eigentlich einen Kreislauf. In 2002 wurde hart durchgegriffen und einige hunderttausend Menschen aus Indonesien und den Philippinen aufgegriffen. Es endete in einer Katastrophe. Heute gibt es zahlreiche Waisen, da ihre Eltern nicht mehr aufgespürt werden können. Unter welchen Bedingungen leben die Migranten, die festgenommen wurden? – Dies spielt auch für mich eine persönliche Rolle, denn ich selbst habe angefangen, mich über die Bedingungen zu informieren, habe die Gefängnisse besucht und meine Ansichten dazu veröffentlicht, was aber als Verbreitung von Falschmeldungen angesehen wurde. Daher wurde gegen mich ermittelt und ich wurde ebenfalls festgenommen. Das Verfahren hat 13 Jahre angedauert, ich habe ein Jahr im Gefängnis verbracht, wurde von Gericht zu Gericht geschickt und letztendlich wurde der Fall dann fallen gelassen. Dies zeigt sehr viel über das Vorgehen in diesem Bereich.

Und diese Gefängnisse waren und sind weiterhin nicht zugänglich für Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die etwa medizinische Versorgung anbieten möchten. Sie sind für niemanden zugänglich und das stellt eine große Herausforderung dar.

Ich möchte Ihnen einige Stimmen dieser Migranten vorstellen, besonders der weiblichen: Eine schwangere Frau befand sich im Gefängnis. In den Gefängnissen gibt es keine Betten, man schläft auf Matten und daher gibt

es dort viel Ungeziefer und man leidet wirklich unter diesen Umständen. Als ihre Wehen einsetzten, bat sie flehend darum, in ein Krankenhaus gebracht zu werden. Aber sie wurde nicht gehört - bis alle anderen Insassen anfangen zu schreien. Dann wurde sie tatsächlich in ein Krankenhaus gebracht. Aber wir hatten auch einen anderen Fall, bei dem eine Geburt nicht wahrgenommen wurde und das Kind an einer Vergiftung starb.

Einen Punkt, den ich damit herausstellen möchte, ist, dass Arbeitsmigrantinnen dann, wenn sie als Migranten ohne Papiere identifiziert werden, im Rahmen des Migrationsgesetzes einfach misshandelt werden können. Und daher erheben kaum Migrantinnen ihre Stimme. Amnesty International hat Untersuchungen durchgeführt: Zwischen den Jahren 2005 und 2011 wurden in Malaysia 34.000 Migranten ausgepeitscht, was wir als eine Form der Folter ansehen. Auch die Käfige, in denen die Menschen für mehrere Stunden transportiert werden, reißen die Haut auf und hinterlassen schlussendlich große Narben, die sich bis in das Muskelgewebe ziehen. Diese Tatsachen werden vor der Öffentlichkeit geheim gehalten und versteckt.

Viele der ehemaligen Insassen, mit denen ich gesprochen habe, haben berichtet, dass sie dadurch impotent wurden, keine körperliche Beziehung mehr zu ihren Frauen führen können durch diese Folter. Dies führt auch zu Problemen in den Ehen und viele von ihnen wurden tatsächlich geschieden. Das sind Konsequenzen, die kaum beachtet werden.

Die Grundsatzfrage, die sich stellt, ist, warum kriminalisieren wir eine Person aufgrund eines administrativen Problems? Es ist ein administratives Problem: Wenn man nicht die richtigen Papiere hat, dann strebt man es doch an, diese zu bekommen und dann wird man auf einmal abgeschoben. Dieser ganze Bereich der Kriminalisierung der Migranten ist ein Bereich, der derzeit weltweit stark ansteigt und wächst, nicht nur in Malaysia.

Kommen wir zurück zu unserer konkreten Arbeit. Einen wichtigen Bereich stellt der Bereich der Hausangestellten dar. Wir bezeichnen diesen Bereich durchaus als eine moderne Form der Sklaverei, denn in Malaysia ist dieser Bereich als „bonded labour“ institutionalisiert. Hausangestellte werden nicht als Arbeiterinnen anerkannt, sie werden vom Arbeitsrecht ausgeschlossen, da sie als Dienstmädchen angesehen werden und dadurch genießen sie überhaupt keinen Schutz. Sie arbeiten in isolierten und individualisierten Räumen, sie stellen eine Gruppe von Arbeiterinnen dar, für die es eine Vielzahl von Arbeitgebern gibt: die ganze Familie eines Hauses bis hin zu Kindern, das ist wichtig zu beachten.

Die Pässe werden von den Arbeitgebern abgenommen, damit sie nicht weggehen können, denn ohne Papiere könnten sie festgenommen werden. Auch die Gehälter werden oft nicht gezahlt, nicht nur für einige Monate, sondern für zwei bis drei Jahre. Die Hausangestellten haben keine Urlaubstage, d.h. sie können sich auch nicht untereinander treffen, auch wenn ihre Verträge etwas anderes sagen.

Die Vermittlungsagenturen sind ein großes Problem. Wenn eine Hausangestellte sie kontaktiert und sagt, dass sie nicht weiter für einen bestimmten Arbeitgeber arbeiten möchte, beispielsweise weil sie missbraucht wurde, dann bringen sie sie in das Haus der Agentur und schlagen sie zusammen und sagen ihr, sie soll zurückgehen und sich benehmen. Wir haben von einigen dieser Fälle gehört.

In unserer Arbeit vor Ort ist uns aufgefallen, dass mit jedem Fall, den eine Arbeitsmigrantin an uns heranträgt, zahlreiche Verletzungen der Menschenrechte verbunden sind. Dazu gehören, wie bereits beschrieben, das Zurückhalten der Pässe, der Gehälter und zahlreiche Misshandlungen. Im letzten Jahr hat Tenaganita 255 Fälle von Hausangestellten bearbeitet mit 1.785 Menschenrechtsverletzungen. In 100 Prozent der Fälle wurden die Pässe abgenommen, in 75 Prozent wurden die Gehälter für mehr als drei Monate einbehalten und was besonders bestürzt, dass in 32 Prozent von sexueller Belästigung die Rede war. In 30 Prozent der Fälle wurde Nahrung zurückgehalten. Eine Hausangestellte starb sogar an Unterernährung, dies wurde auch von einem Forensiker bestätigt. Malaysia ist ein Land, das reich an Nahrungsmitteln ist und dennoch haben wir solche Situationen. 60 Prozent der Frauen erlitten Misshandlungen und Missbrauch und dabei handelt es sich nicht nur um ein paar Schläge, sondern um schwerwiegende Verletzungen. Die meisten Hausangestellten arbeiten mehr als 16 Stunden pro Tag.

Aufgrund dieser Gesamtsituation hat Indonesien damit aufgehört, Hausangestellte nach Malaysia zu schicken. Auch Kambodscha folgte und dadurch entwickelte sich eine Art Vakuum. Die Nachfrage wuchs stark an und was geschah? Die Verträge der Hausangestellten, die bereits hier waren, wurden stark ausgeweitet und die Frauen erhielten zahlreiche weitere Verbote, etwa, mit ihren Familien zu telefonieren. In dieser Zeit bekamen wir zahlreiche Anrufe aus Kambodscha von Angehörigen, die nach ihren „vermissten“ Verwandten suchten.

Ich möchte ihnen einen weiteren Fall einer Frau aus Indonesien schildern, der ein heißes Bügeleisen auf den Rücken gepresst wurde. In erster In-

stanz gewann sie den Fall gegen ihren Arbeitgeber, der nun im Gefängnis sitzt. Sie versucht nun, Schmerzensgeld von ihm zu erhalten. Aber der Fall dreht sich gerade, denn nun wird sie von den Richtern nach Beweisen gefragt, dass sie sich die Verletzungen nicht selbst zugefügt habe. Das sind die Probleme auf die Migrantinnen in diesem System treffen, wenn sie anfangen ihre Rechte einzufordern.

Der einzige Weg ist, diese Rechte der Migrantinnen anzuerkennen, andernfalls handelt es sich um Sklaverei.

Wir haben eine Studie zwischen Arbeitgebern aus Malaysia und Hong Kong durchgeführt und wir haben festgestellt, dass die Ansichten sich unterscheiden, da in Hong Kong durchaus strenge Regeln bezüglich der Durchsetzung der Rechte der Hausangestellten existieren. Dort können sich die Migrantinnen an eine Gleichstellungskommission wenden, wenn sie diskriminiert werden. Dies hat den Hausangestellten geholfen, ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen. Demnach kommt es auf die Möglichkeiten zur Durchsetzung und Sicherung der Rechte der Migrantinnen an.

Ein globales Phänomen, das wir wahrnehmen, ist das zunehmende Untervertragswesen im Bereich der Arbeit und die Ausgliederung (outsourcing) ist einer dieser Aspekte. Dabei kann entweder die gesamte Arbeit ausgegliedert werden oder der Arbeiter wird ausgegliedert. Seit 2007 zeigt sich in Malaysia diese Ausgliederung in vielen Unternehmen. Es führt zu einer Form der Deregulierung von Arbeit, wodurch die Unternehmen nicht mehr direkt verantwortlich für die Gehälter, die Sozialleistungen und die Arbeitssicherstellung sind.

Wenn man dieses System betrachtet, zeigen sich verschiedene Schichten von Bürokratie und Vermittlern mit unterschiedlichen „Gebühren“. Wir müssen feststellen, dass Korruption sich zu einem der dominanten Faktoren in diesem Bereich der Arbeitsmigration entwickelt hat. Einer der Aspekte für den wir am meisten kämpfen, ist das Recht auf Entschädigung. Wenn eine Migrantin einen Fall von unbezahlten Gehältern vorweist, sollte ein Arbeitsgericht darüber entscheiden. Aber in Malaysia braucht es mindestens sechs Monate, um einen Fall zu bearbeiten, manchmal sogar drei Jahre. Hier kommt es zu größten Problemen. Da die Arbeitserlaubnis von den Arbeitgebern gestrichen wird, bekommt die Migrantin ein „soziales Visum“, allerdings ist dieses nur drei Monate gültig, sobald der Fall vor Gericht kommt. Der Migrant muss nun für das Visum bezahlen ohne ein Einkommen zu haben und das Visum wird nicht verlängert, d.h. oft werden die Klägerinnen dann nach Ablauf des Visums verhaftet, kommen ins

Gefängnis und werden abgeschoben, bevor die Fälle vor Gericht verhandelt werden. Das zeigt Ihnen, wie der ganze Prozess um das Recht auf Entschädigungen abläuft. Der Zugang zu diesem Recht bleibt also vielen verwehrt und viele der Arbeiter entscheiden sich zurückzukehren, denn sie fürchten sich vor der Festnahme.

Insgesamt zeigt sich, dass eine Umgebung für ein System der Sklaverei geschaffen wurde, es wurde eine große Unterklasse geschaffen, die keine Stimme hat. Folter ist weltweit geächtet, aber wird doch so oft praktiziert und niemand geht dagegen vor, wenn es sich dabei um einen Migranten/eine Migrantin handelt.

Welche Veränderungen brauchen wir? Es muss eine Aufhebung der Verknüpfung zwischen Aufenthaltsstatus und Arbeit geben, damit der Aufenthaltsstatus nicht die Arbeit beeinflusst. Das Konzept der Gleichheit und die Anerkennung sowohl des Rechts sich zu bewegen als auch des Rechts zu gehen sind fundamentale Aspekte. Darauf versuchen wir auch mit unserer Arbeit hin zu arbeiten. Malaysia hat bisher kaum eine der Konventionen ratifiziert, daher muss Malaysia, wenn es seine Glaubwürdigkeit erhalten will, die Rechte aller Menschen akzeptieren, unabhängig davon, woher diese stammen.

Diskussion:

Könnten Sie uns ein wenig über Ihre Kampagne für einen arbeitsfreien Tag der Hausangestellten, die vom Weltgebetstag der Frauen unterstützt wurde, erzählen und über die Diskussion mit der Regierung?

Aktuell bearbeitet Tenaganita drei Kernthemen: Eines sind Rechte von Migrantinnen, ihr Schutz und ihre Förderung. Wir bieten auch rechtliche Unterstützung und arbeiten mit der nationalen Anwaltsvereinigung zusammen. Wir schulen junge Anwälte, um in der Unterstützung der Arbeitsmigrantinnen zu helfen. Wir initiieren auch Migrantenvereinigungen, denn es gibt mehr als zwölf Nationalitäten aus zwölf verschiedenen Ländern. Das ist sehr komplex. Wir versuchen, Arbeitsmigranten zu organisieren als ein Weg Rechte zu Erlangen.

Und der dritte Bereich ist die Frage von Unternehmensverpflichtung und -verantwortung. Hier versuchen wir, Unternehmen verantwortlich zu machen. Wir waren recht erfolgreich mit Elektronikunternehmen. Sie haben eine Politik der Gleichbehandlung von Migranten eingeführt und stellen Migrantinnen direkt an, statt sie über Anwerbeagenturen vermittelt zu bekommen. (...) Wir beschäftigen uns auch mit Firmen wie Esquel, einem

weltweit operierenden Bekleidungshersteller, der Markenunternehmen wie u.a. Nike beliefert.⁷ Esquel produziert u.a. in Malaysia und beschäftigt dort vietnamesische Vertragsarbeiterinnen. Einige vietnamesische junge Arbeiterinnen beschwerten sich, dass ihr Lohn niedriger sei als zugesagt. Sie wurden unmittelbar zum Flughafen gebracht und abgeschoben. Jemand trug diesen Fall an uns heran. Wir griffen diesen Fall auf, recherchierten und fochten ihn in den USA aus. Wir erreichten eine Kompensation für die jungen Arbeiterinnen, die nach Malaysia zurückkehren wollten. Ihnen wurde ein zwei Jahres-Vertrag versprochen bei voller Bezahlung. Sie erhielten die Bezahlung und wir konnten einen neuen Vertrag für alle anderen Beschäftigten mit dem Recht der Vereinigungsfreiheit erreichen.

Ein ähnlicher Fall war der eines finnischen Unternehmens. Der finnische Pensionsfonds wurde als Teil des Projekts genutzt, die Arbeitsbedingungen beim malaysischen Auftragnehmer dieses finnischen Unternehmens, die nicht gezahlte Löhne u.a. einbehielten, zu verbessern. Der Pensionsfonds legte Beschwerde bei der finnischen Regierung ein und leistete wundervolle Arbeit.

Deshalb denke ich, dass es wirklich große Möglichkeiten für Verbesserungen gibt und auch wenn die Firma die besten Anwälte des Landes engagierte, sagten wir: Nein, das ist Sklaverei, wir können das nicht akzeptieren. So ähnlich gingen wir auch beim Palmöl und einer Reihe anderer Firmen vor. Es ist eine harte Arbeit, viele Untersuchungen müssen durchgeführt werden. Das ist also der Teil unserer Arbeit zu Unternehmensverpflichtung und -verantwortung.

Die ILO hat eine Konvention für die Rechte der Hausangestellten angenommen. Hat dies Auswirkungen gehabt auf ihre Arbeit oder auf die Lage der Hausangestellten in Malaysia?

Um auf die Kampagne zu den Hausangestellten zurückzukommen, so hat der Weltgebetstag der Frauen mehr als 31.000 Unterschriften gesammelt. Es hat einige Zeit gedauert, bis das Ministerium die Übergabe der Unterschriften akzeptiert hat. Wir hatten eine Reihe von Treffen mit dem Ministerium insbesondere zur ILO-Konvention 189 zur Menschenwürdigen Arbeit für Hausangestellte, aber es war ein sehr harter Kampf. Deshalb wendeten wir uns an die Herkunftsländer, damit sie in Aktion traten. Und deshalb verfolgt Indonesien heute eine 0.0 Politik – sie wollen keine Bürge-

⁷ Vgl. zu dem hier nur kurz geschilderten Fall auch die Berichterstattung unter [http://www.igfm.de/news-presse/aktuelle-meldungen/detailansicht/?tx_ttnews\[tt_news\]=1642&cHash=e3df49ee4fd19f3b4df7c159f50457cd](http://www.igfm.de/news-presse/aktuelle-meldungen/detailansicht/?tx_ttnews[tt_news]=1642&cHash=e3df49ee4fd19f3b4df7c159f50457cd).

rinnen mehr schicken, um als Hausangestellte in Übersee zu arbeiten. Kambodscha hat ebenfalls die Entsendung von Hausangestellten nach Malaysia gestoppt. Die Regierung wollte ein neues Memorandum of Understanding mit Malaysia und beriet sich deshalb mit uns. Und wir sagten: „Nein, Malaysia hat seine Politik nicht geändert, Malaysia hat keine neuen Regulierungen.“ Deshalb sieht Kambodscha nun Taiwan oder Korea als alternative Option zu Malaysia. Einige Menschen denken, dass ein Entsendestop kein guter Weg sei, weil dies den Menschenhandel fördere. Wir sagen aber, es gibt keine Wahl. Ein Land kann seine Bürger nicht ausbeuten lassen.

Letztes Jahr haben wir zum Beispiel eine Menge Medien-Kampagnenarbeit in Indonesien geleistet. Ich diskutierte mit der Jakarta Post, dass Malaysia wirklich nicht sicher für Migranten ist. Die malaysische Regierung wurde daraufhin sehr wütend auf mich und wollte mir die Staatsbürgerschaft entziehen. Sie wollten Empowerment (der Migranten) nicht als ein Thema akzeptieren. So verrückt ist die malaysische Regierung. Deshalb brauchen wir eine Art globaler Partnerschaft. Trotz der bisherigen Kampagnen verzichtet Malaysia unglücklicherweise auf die ILO-Konvention von 2011. So geht der Kampf weiter.

4.3 Das verlorene Paradies: Ursachen und Folgen erzwungener Migration in den Herkunftsländern

Carlos Marentes (La Via Campesina, Mexico)

Ich vertrete hier heute meinen Vater, der seinen Namen mit mir teilt und auch die Themenfelder in denen wir beiden arbeiten. Ich stamme aus der Grenzregion El Paso, Texas und Ciudad Juarez, Chihuahua, vielleicht kennen Sie die Region aus verschiedenen Gründen? Leider sind nicht alle davon erfreulich, wie die Geschichte der verschwunden Frauen oder der illegale Handel mit Narkotikum.

Zu der Zeit, als hier in Berlin die Mauer fiel, war mein Vater gerade in Berlin und repräsentierte seine Organisation La Via Campesina und gleichzeitig begann an der amerikanisch-mexikanischen Grenze der Bau von Mauern, um Migranten an der Einreise in die USA zu hindern. Hier zeigte sich ein Wendepunkt der politischen Ausrichtung der USA bezüglich Zuwanderung aber auch ein Wandel innerhalb der Migration, der auf einmal mehr Bedeutung zugesprochen wurde als zuvor. Und bevor ich das jetzt noch

weiter ausweite, möchte ich Ihnen eine wenig verbreitete Tatsache über die praktische Umsetzung des Einwanderungsrechts an der amerikanisch-mexikanischen Grenze sowie an der kanadischen Grenze mitteilen. Wir vergessen oft den Ursprung dieser Einwanderungsbehörden, wo sie besonders auftreten und ihre Ziele in der Zeit ihrer Entstehung.

Viele von Ihnen mögen vielleicht nicht wissen, dass die Grenzpatrouille das ausführende Organ der Polizei ist, heute Teil der ICE (Immigration Customs Enforcement Agency), welche nun keine eigene Behörde mehr darstellt, sondern ein Element der Homeland Security (Verfassungsschutz) ist. Tatsächlich bestehen die Ursprünge im Arbeitsministerium zu Beginn des 20. Jahrhunderts und das eigentliche Ziel bestand darin, chinesische Einwanderer abzuhalten, die ins Land kamen, um am Eisenbahnausbau zu arbeiten. Dies ist sehr wichtig, denn es zeigt die Komplexität von Immigration, dem Einwanderer, dem ‚territory‘ - wie Prof. Saskia Sassen bereits vorgestellt hat. All das sollte uns dazu bringen, die heutige Zeit zu überdenken und zu beachten, dass die geschichtliche Entwicklung die heutige Komplexität hat entstehen lassen, dass die Geschichte die transformierenden und sich ständig weiterentwickelnden Situationen von Migranten, Migration und die gesellschaftlichen Antworten und die gesellschaftlichen Einstellungen, wie auch immer diese aussehen mögen, beeinflusst.

Um Ihnen einen Eindruck davon zu geben, was dies für uns bedeutet, zumindest für uns an der Grenze, gehen wir zurück in die frühen 1800-Jahre vor die sogenannte „Invasion der USA nach Mexico“ oder den Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846-1848). Als der Krieg endete, wurden fast die Hälfte der mexikanischen Bevölkerung und der Landfläche Teil der USA. Allerdings wurden sie nicht wirklich Teil davon, denn die Menschen, die in diesen Gebieten lebten, wurden als Bürger zweiter Klasse behandelt. In dieser Zeit des Wandels wurden viele der Bewohner dieser Gebiete gefangen genommen und deportiert, sie gehörten zu den Massen an Deportierten von über einer Millionen Menschen, die per Eisenbahn transportiert wurden. Das zeigt Ihnen, was an der mexikanisch-amerikanischen Grenze bereits vor einigen Jahrhunderten passiert ist.

Dies zeigt aber auch ein Problem auf, das oft vergessen wird: dass der Binnenvertriebenen, der Binnenmigranten, wovon heute weltweit mehr als 700 Millionen Menschen betroffen sind. Wenn wir über Binnenvertriebene sprechen, dann nutzen wir eine Kategorie, wie sie von den Vereinten Nationen definiert wurde, d.h. wir sprechen von Menschen, die außerhalb ihrer Region leben, aber immer noch innerhalb ihres Herkunftslandes. Viele von

ihnen wurden vom Land in die städtischen Gebiete vertrieben, wodurch ein großes Wachstum der städtischen Gebiete mit angetrieben wird. Und diese Bewegung hält sich selbst aufrecht, denn wie es bereits beschrieben wurde, der Verlust von Land steigt an, den Menschen bleibt keine andere Wahl, als Jobs jeglicher Art und Bezahlung in den Städten anzunehmen. In vielen Fällen führt dies zur Aufgabe der dörflichen, traditionellen Strukturen. Sie können einige ländliche Gebiete in Mexiko finden, in denen dadurch der Frauenanteil bei 70 Prozent liegt, da sie zurückgelassen werden. Die Frauen, die in diesen Gebieten bleiben, übernehmen oft die Verantwortung für die landwirtschaftlichen Flächen und deren Bearbeitung sowie die Sorge für Familienmitglieder. Besonders in den letzten Jahrzehnten sind sie zunehmend der organisierten Kriminalität der Kartelle ausgesetzt.

Wir sehen also, dass der Zufluss dieser Menschen, die auf der Suche nach Jobs vom Land in die Städte kommen, auch im Zusammenhang mit den USA steht. Dort leben sie dann von sehr geringen Gehältern, leben an der Existenzgrenze. Es gibt sogar einen Kampf um diese geringen Gehälter, was vielleicht sogar als eine Art „race to the bottom“ bezeichnet werden könnte.

Hinzu kommt, dass durch den Mangel an sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in Kombination mit diesen (negativen) Entwicklungen in den Städten, die einzige andere Möglichkeit ist, das (Herkunfts-)Land zu verlassen und das Risiko auf sich zu nehmen, woanders nach einer Arbeit zu suchen, um die Lebenssicherung für die Familie zu gewährleisten.

Wie viele von Ihnen wissen, befinden sich weltweit etwa 40 Prozent der Menschen, die ihr Heimatland verlassen, in einem Status „ohne Papiere“ bzw. als „Irreguläre“. Dies bedeutet ein hohes Maß an Unterdrückung, Ausbeutung und Kriminalisierung in den Zielländern. In den USA hat dies beispielsweise dazu geführt, dass immer mehr der Menschen ohne Papiere festgenommen werden, zwischen 2001 bis 2010 etwa 350.000 Menschen. Aktuell werden ca. 34.000 Menschen festgehalten.

Wie Irene bereits anmerkte, konzentrieren wir uns dabei meist nur auf den politischen Aspekt. Wie Regierungen mit MigrantInnen umgehen, stellt für viele eine Aufgabe der Politik dar. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, wie bereits ebenfalls erwähnt wurde, dass der Bereich Migration ein großes Geschäft darstellt, besonders auch im Bereich der Inhaftierung.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben, zwei der größten Unternehmen in den USA, die vor Ort Gefängnisse betreiben, haben beide insgesamt in den

letzten Jahren über 4 Mrd. US-Dollar verdient. Das ist ein großer Betrag. Und das ist sehr interessant, denn vor dieser „Veränderung“ der Migration Mitte der 1990er Jahre, ging eine dieser Firmen beinahe Bankrott. Dies stellt eine Art und Weise dar, wie man auch einen Blick in die anderen Märkte werfen kann, in denen Kapital akkumuliert wird.

Um Ihnen dies nochmal zu verdeutlichen: Im Jahr 2005 haben diese beiden Unternehmen mehr Geld für die Lobbyarbeit bei der amerikanischen Regierung eingesetzt, damit diese weiterhin eine solche repressive Politik verfolgt, als einige Investmentunternehmen wie beispielsweise Goldman Sachs. Dies zeigt Ihnen, wie sehr diese Firmen von dieser Art der Migrationspolitik der USA profitieren und daher sicherstellen wollen, dass dies auch weiterhin so ist. Und solches Verhalten ist eigentlich überall auf der Welt zu beobachten.

Im Bezug zu den aktuellen Gründen oder Ursachen für Migration, wie wir sie im Moment erleben, existieren natürlich viele komplexe und geschichtliche und auch unterschiedliche regionale Aspekte, dennoch gibt es einige generelle Aspekte, die herausgestellt werden können. Einige davon hängen hauptsächlich mit den Veränderungen in der Wirtschaftswelt zusammen und mit nationaler (Innen-)Politik, sie kennen die Regime der Liberalisierung des Handels, die Implementierung der Strukturanpassungsprogramme, die Verfolgung von Privatisierung in den letzten Jahrzehnten, welche die Urbanisierung und Migration weltweit mit angetrieben haben. In einigen ländlichen Regionen bedeutet dies die Eliminierung von Preisgarantien, die vorher existiert haben, inklusive des Zerfalls der Unterstützung für die Landwirtschaft - und wenn wir über Landwirtschaft reden, reden wir über viele kleinbäuerliche Strukturen, nicht über die Agroindustrie. Gleichzeitig fand die Implementierung der Grünen Revolution statt, welche unter der Schirmherrschaft der Gates-Foundation in Afrika zurückgekehrt ist und der weiterhin zunehmende Einsatz produktiver Technologien, die die Arbeit ersetzen. Dies beinhaltet alles von Pestiziden bis zu gentechnisch verändertem Saatgut usw.

Die Auswirkungen waren so vernichtend, dass an einigen Stellen ganze Länder transformiert wurden von Lebensmittelexporteurern hin zu Lebensmittelimporteuren. Gleichzeitig wurde auch die Struktur der Landwirtschaft transformiert: Zuvor meist traditionelle kleinbäuerliche Strukturen und Bauern wurden zu billigen und frei verfügbaren Landarbeitern in anderen Ländern. Um Ihnen die Ausmaße dieser Prozesse zu verdeutlichen: 90 Prozent der agrarischen Arbeiter weltweit im globalen Norden kommt

aus dem globalen Süden. Und dies hat einen „Fluss“ von Arbeitern aktiviert, beispielsweise aus Zentralamerika in die USA oder aus Westafrika nach Europa, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen.

Und diese Einflussfaktoren haben nicht nur den wachsenden Bedarf nach Kapital angeheizt, sondern es war auch notwendig, den Bedarf dem aktuellen Konsum und der Nachfrage in den nördlichen Ländern anzupassen, um das bestehende Profitlevel dieser immer weiter wachsenden Ernährungs- und Landwirtschaftsindustrie aufrecht zu erhalten.

Viele von Ihnen mögen die aktuelle Situation in Kolumbien kennen. Es ist ein perfektes Beispiel, welche Zerstörungen mit dieser Art Politik und den Entwicklungen in den ländlichen Regionen einhergehen können. Es ist ein gutes Beispiel, denn vor 2008 existierten in Kolumbien sehr hohe Getreidepreise und es gab eine Art von Stabilität im landwirtschaftlichen Sektor. Es war nicht das Beste, aber immerhin war es nicht so problematisch wie in Mexiko oder in einigen südostasiatischen Ländern aufgrund des Freihandelsabkommens. Aber im Jahr 2008 veränderten sich einige Dinge, zu den bedeutendsten und einflussreichsten Faktoren gehörte der Verfall der Lebensmittelrohstoffpreise. Dies führte zu großen Veränderungen, die die Landwirtschaft und ländliche Gemeinschaften beeinflussten. Zuvor haben wir auch über Food-Dumping gesprochen durch einige dieser Freihandelsabkommen, zu dem nun dieser Preisverfall hinzukam, ausgelöst durch die „Finanzialisierung“ der Landwirtschaft und der Deregulierung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten. Dies bedeutete einen großen Wandel der agrarischen Produktion hin zu der Möglichkeit, große Landflächen in Kolumbien zu konzentrieren, was dazu führte, dass heute 16,6 Mio. ha der agrarischen Nutzfläche entweder in der Hand von Großgrundbesitzern sind oder nicht mehr für die Produktion genutzt werden. Dies zeigt, was in Kolumbien passiert ist. Aber 2008 gingen auch in andern Ländern Menschen auf die Straßen, beispielsweise in Ägypten, was wir heute die „Hungeraufstände“ nennen und was auch eine Art Sprungbrett für die weiteren (politischen) Entwicklungen, beispielsweise in Nordafrika, darstellte.

Es ist interessant, wie sich Migration im Kontext dessen, was gerade in den ländlichen Gebieten passiert, weiter entwickelt. Wir sehen, dass ein Verbindungsglied existiert, aber ich möchte nicht weiter darauf eingehen, denn ich denke, dass wird in der Diskussion später zum Bereich Entwicklung eine Rolle spielen. Ein weiterer Aspekt, der die Migration aus den ländlichen Gebieten stark beeinflusst, ist das große Thema Klimawandel.

Und einer der Faktoren, der die Bedingungen der Landarbeiter und der Kleinbauern weiter verschlechtert und sie dann teilweise in die Migration treibt, liegt in der Klimavariabilität - wie Dürren oder der Unmöglichkeit, saisonale Wettermuster zu erkennen, die nicht nur den Wachstumskreislauf beeinflussen, sondern auch dazu führen, dass die Risiken dieser Variabilität nicht mehr richtig eingeschätzt werden können. Dies führt zu einem Gesamtzustand, der aber nicht völlig neu ist. Einer der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung zur heutigen, modernen (Markt-)Wirtschaft stellte auch die Verdrängung von kleinbäuerlichen Bauern von ihrem Land dar, und das ist heute nicht anders und immer noch aktuell. Im Moment sind etwa drei Prozent der europäischen Bevölkerung im Bereich der Landwirtschaft beschäftigt, im Gegensatz zu Indien, wo dies etwa 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Was wir an diesen Themen sehen: Wie den Freihandelsabkommen, den Auswirkungen des Klimawandels, der repressiven Migrationspolitik, ist, dass eine gewisse Dynamik existiert, ob beabsichtigt oder nicht, die den Rest der Welt verändert, von den Ländern, in denen etwa 70 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten, hin zu den drei Prozent der Länder des Nordens und den industrialisierten Ländern. Diese Dynamik stellt einen Angriff auf die kleinbäuerlichen Strukturen dar, die außerhalb der urbanen Gebiete mit ihrer Struktur von Arbeit und Konsum existieren. Zu den aktuellen Bedingungen in der Migration, in Bezug auf die Kriminalisierung, sehen wir eine der Herausforderungen darin, das „Managen“ von Migration zu stoppen. Dabei geht es nicht nur um die politischen Strategien, die diskutiert und implementiert werden, sondern auch um Aspekte wie das Anwerben und die Regulierung von temporärer Migration zu Arbeitszwecken. Das ist wichtig, aber ein großer Anteil des „Arbeiterexportes“ verläuft nicht über die offiziellen Wege der Regierungen oder staatlicher Agenturen, sondern durch „informelle“ Strukturen, besonders im Bereich der organisierten Kriminalität. An der Grenze zwischen Mexiko und den USA kommt ein großer Anteil der temporären Arbeiter nicht über Vertragsagenturen in die USA, sondern über ein System, das wir als das „coyote-System“ bezeichnen. Viele von diesen werden mittlerweile von den großen Kartellen kontrolliert und sie werden auch als Schmuggelwege für Narkotika usw. in die USA genutzt.

Die Kosten, um auf diesen „informellen“ Wegen in die USA zu gelangen, sind in den letzten Jahren stark angestiegen, vor dem Jahr 2000 konnte man davon ausgehen, dass man etwa 2.000 bis 3.000 US-Dollar zahlte.

Heute gibt es Situationen, in denen Menschen in einer Art Sklaverei-Verhältnis zu den Kartellen leben, da es ihnen nicht möglich ist, die 20.000 bis 30.000 US-Dollar zu zahlen, die dafür verlangt werden, dass sie auf die andere Seite der Grenze gebracht werden. Aber auch die (staatlichen) Anwerbe-Agenturen halten etwas sehr Interessantes aufrecht, was besonders im Fall der USA sehr widersprüchlich erscheint. In vielen Ländern, in denen diese Art von Agenturen aktiv sind, stellen sie eine Nachfrage nach Arbeitskräften, die nicht existiert.

In den USA, besonders in den vergangenen Jahren, versucht der landwirtschaftliche Sektor, die industrielle Landwirtschaft der Regierung zu beeinflussen, um mehr saisonale Arbeitskräfte ins Land zu holen. Ihre Begründung ist, dass es einen Mangel an Arbeitskräften in den USA gibt. Aber wie sie sicher wissen, gibt es hohe Arbeitslosenraten in den USA. Worüber wir hier also reden, ist nicht ein Mangel an Arbeitskräften, sondern Mangel an Arbeitskräften, die gewillt sind, für die geringen Löhne und Standards in diesem Bereich zu arbeiten.

Doch nicht nur die Art der Arbeit, sondern auch die Arbeiter selbst bleiben ungeschützt von den nationalen Arbeitsrichtlinien. Sie können sich nicht wie andere Arbeiter aufgrund des „National Labour Protection Act“ auf ihre Rechte berufen und Überstunden geltend machen. Es erscheint etwas trostlos, was im ländlichen Raum passiert und was sich im Bereich Migration abspielt, aber ich möchte abschließend nochmals zwei Aspekte aufgreifen: Der eine bezieht sich auf diese Kategorie des „citizenship“. Wir finden dieses Konzept sehr interessant, denn statt auf dem Diskussionslevel, wo wir die Frage nach dem Migranten/der Migrantin stellen, müssen wir diese Frage aus unserer eigenen Perspektive beantworten, denn „citizenship“ kann zahlreiche Dinge bezeichnen, wie Saskia Sassen ausgeführt hat, aber es deckt sehr viele unterschiedliche Aspekte ab. Beispielsweise sind Sozialleistungen für Menschen in USA nicht völlig gleich, selbst wenn sie alle „citizens“ sind, und das gilt auch für andere Länder. In Mexiko ist immer noch ein Großteil der Bevölkerung ohne Sozialschutz, unter ihnen vor allem die indigenen Gruppen und die ländliche Bevölkerung. Sie werden zwar als „citizens“ des Landes gezählt, aber in der Realität sind sie weniger als „citizens“. Vielleicht könnte man sogar eher sagen, sie sind Bürger zweiter Klasse aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Belastungen oder aufgrund des Ausschlusses aus der Gesellschaft. D.h. bevor wir dieses Konzept, diesen Begriff auf Migration beziehen, sollten wir uns

klar machen, welche Bedeutung er überhaupt für uns selbst und die Menschen und Umstände in unserem Land hat.

Es ist sehr wichtig, wie wir diese Frage beantworten, denn viele Konzepte, die wir kennen, beschäftigen sich mit dem ländlichen Sektor, der sogenannten ländlichen Entwicklung. In den 1990er Jahren änderte sich das, als die Frage aufkam, wie gehen wir mit den Migrationsströmen aus den Städten um? Wir haben verdrängt, dass es aber immer noch ländliche Gebiete in diesen Ländern gibt. Wir haben vergessen, dass immer noch ein Teil der Bevölkerung von der Gesellschaft ausgeschlossen wird, selbst in den Ländern, die jetzt für sich selbst sorgen konnten innerhalb dieser Dynamiken innerhalb der Herkunftsländer, die die Migrationsströme angetrieben haben.

Schlussendlich in Bezug auf agrarische Produzenten, und das ist ein Thema, das manchmal sehr kontrovers ist: Wir neigen dazu, viele Dinge zu übergehen statt nachzufragen, was sie wirklich bedeuten, denn in diesem Gesamtzusammenhang von Individuen und verschiedenen Umständen, von traditionellen kleinbäuerlichen Strukturen, wo die Menschen von ihrer Produktion leben, zu Landarbeitern, die abhängig sind von Löhnen aufgrund der Situation, in der sie nun gelandet sind. Es ist eine sehr komplexe Situation, auf die nicht mit einer einzelnen oder bestimmten Strategie bezogen auf eine Variable im ländlichen Raum geantwortet werden kann. Daher sehen wir bei *La Via Campesina*, dass es tiefere und vielschichtige Antworten und Lösungsansätze geben muss.

5. Grenzenlos. Migration in einer begrenzten Welt.

*Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Saskia Sassen,
Hannes Stegemann, Jacqui Zalcborg, Carlos Marentes*
Moderation: *Dr. Julia Duchrow*

Die Moderatorin Frau Dr. Julia Duchrow zunächst Fragen an die Mitwirkenden, bevor die Diskussion für das Plenum geöffnet wurde. Entgegen des Diskussionsverlaufs werden an dieser Stelle jedoch die Ergebnisse anhand der einzelnen Referenten zusammengefasst wiedergegeben. Dabei folgen zunächst die Ausführungen von Hannes Stegemann (a.), Jacqui Zalcborg (b.) und Saskia Sassen (c.) bevor Carlos Marentes (d.) den Abschluss bilden wird.

- a. Auf die Frage welche Veränderungen das Schengener Abkommen auf die Migration zwischen Afrika und Europa habe, erläuterte Hannes Stegemann, dass es vor Unterzeichnung des Schengener Abkommens für afrikanische Migranten weniger riskant war, nach Europa einzureisen. Zudem sei es seit Inkrafttreten des Abkommens für afrikanische Migrantinnen und Migranten nicht mehr möglich, für einen kurzen Zeitraum in der EU zu arbeiten und danach zurückzukehren. Aufgrund der veränderten Grenzpolitik haben sich die persönlichen Risiken bei der Reise und die sozialen Konsequenzen im Heimatland für die Migranten verschärft. Darüber hinaus haben Medien zu diesem Zeitpunkt das Bild einer „afrikanischen Invasion“ gezeichnet.

Zudem erläuterte Herr Stegemann, dass die Auslagerung und Externalisierung der Migrationskontrolle durch die EU innerhalb der vergangenen Dekade verheerende Auswirkungen hatte. So ist es im Gegensatz zu den 1960 - 70er Jahren heute lebensgefährlich für Migrantinnen, die Reise nach Europa anzutreten. Grund dafür - so der Referent weiter - ist die Dominanz des Sicherheits-Diskurses, bei der Migration mit Kriminalität und Terrorismus gleichgesetzt wird, obwohl das Recht auf Auswanderung ein Menschenrecht ist und Migration nach Europa keinerlei Bedrohung darstellt.

Auf die Frage seiner Beurteilung gegenüber Rücküberweisungen erläuterte der Westafrika-Experte abschließend, dass privat verdientes Geld für private Zwecke und nicht für das Allgemeinwohl ausgegeben werden sollte, da andernfalls Staaten und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit aus ihrer Verantwortung entlassen würden.

- b. Als nächstes wurde Jacqui Zalberg gefragt, wie sich die Menschenrechtsverletzungen der EU unter Berücksichtigung des sogenannten Arabischen Frühlings geäußert haben. Frau Zalberg stellte daraufhin einen Bericht des UN Sonderberichterstatters für Menschenrechte von Migranten vor, der die Menschenrechtssituation entlang der EU-Außengrenzen verdeutlicht.⁸ Nach Auswertung der Daten wurde evident, dass die gegenwärtige EU-Migrationspolitik nachhaltig die Menschenrechtssituation von Migranten hinsichtlich vier Dimensionen beeinträchtigt:

Erstens verletzen bestehende EU-Anordnungen geltendes Haft-Recht. So wurde neben den unwürdigen Haftbedingungen vor allem festgestellt, dass die einzelnen Betreiber keinen kohärenten Richtlinien befolgen. Darüber hinaus werden die derzeitigen Haftbedingungen als Mittel der Abschreckung genutzt. Zweitens finde eine Kriminalisierung der Migranten innerhalb der Auffanglager statt, deren Standards sich an Hochsicherheitsgefängnissen angleichen. Frau Zalberg ergänzte weiter, dass Migrantinnen in Gefängnissen mehr Rechte hätten als in Auffanglagern. Als dritte Dimension definierte die Expertin Externalisierung der EU-Grenzpolitik. So nutze die EU (und ihre Mitgliedsstaaten) ihre Migrationspolitik, um restriktivere Verfahren in Drittstaaten zu implementieren. Die vierte Dimension bezieht sich auf den Aufmerksamkeitsmangel der EU gegenüber Migrationsgründen.

Des Weiteren erläuterte die Referentin auf Nachfrage von Frau Duchrow, dass die EU-Grenzstaaten, wie Italien und Griechenland, durch die Europäische Union unter Druck gesetzt werden, restriktiv gegen Migration vorzugehen. Darüber hinaus erzeuge die Asylregelung des Dublin II-Vertrags Druck auf die Grenzstaaten. Im Kontrast dazu wurde beobachtet, dass Migranten oftmals nicht das Asylrecht von Grenz-

⁸ Frau Zalberg verwies für weitere Informationen auf die folgende Seite: <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Migration/SRMigrants/Pages/SRMigrantsIndex.aspx>.

staaten in Anspruch nehmen, da soziale Absicherung und soziale Rechte insbesondere in Italien kaum gewährt werden. Vielmehr versuchen Migranten über Schmuggler Routen in andere EU-Staaten zu gelangen. Als Resultat daraus verstärkt die derzeitige EU-Politik die Vulnerabilität von Migranten und Flüchtlingen.

Aus diesen Problemen resultierend müsse die Europäische Union Menschenrechte stärker in Migrationsverfahren und -praktiken miteinbinden. Zwar werden Menschenrechte - so Zalcborg - in den relevanten Verhandlungen thematisiert, allerdings spielen diese nur eine untergeordnete Rolle. Darüber hinaus sollten vertraglich bestehende EU-Menschenrechtsstandards für Migranten in der Praxis besser implementiert werden. Letztlich sollten die Richtlinien für saisonale Arbeitsmigration gelockert werden. Diese zirkuläre Migration würde wiederum beispielsweise durch Rücküberweisungen positive Effekte in den Herkunftsländern nach sich ziehen. Aus dem Publikum wurde Frau Zalcborg gefragt, warum in ihrem Beitrag nicht die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen (ICRMW) erwähnt wurde. Sie antwortete, dass die Konvention von keinem EU-Mitgliedsstaat ratifiziert und deshalb innerhalb des EU-Kontextes kaum eine Rolle spiele. Dennoch zeigten einige skandinavische Länder und Portugal Interesse an der Ratifikation. Dies ist in dem Kontext interessant, da Portugal mittlerweile selbst ein Entsende- und nicht Empfängerland von WanderarbeiterInnen ist. Letztlich haben diese Staaten die Konvention jedoch aufgrund von Druck aus Brüssel nicht ratifiziert. Auf globaler Ebene - so die Expertein weiter - besteht die Möglichkeit, dass der Wendepunkt zur Ratifizierung der Konvention durch aufstrebende Länder erreicht werden könnte.

Als Nächstes wurde gefragt, ob es eine herausragende Forderung gäbe, welche zivilgesellschaftliche Akteure an Kandidatinnen und Kandidaten für das EU-Parlament und an die Bundesregierung adressieren könne. Darauf erläuterte Frau Zalcborg, dass es klare Unterschiede zwischen der europäischen Kommission und dem Rat bezüglich der Migrationspolitik gäbe. Vor allem die General-Direktion Inneres (DG Home Affairs) vertrete progressive Positionen, welche durch die Mitgliedsstaaten geblockt werden. Abzuwarten bleibt, welchen Einfluss das Parlament

ausüben kann. Sie zeigte jedoch Zuversicht, dass es die progressiven Positionen der Kommission vertrete. Zusammengefasst schloss sie ab, dass Menschenrechte auf der politischen EU-Ebene in Bezug auf Migrantinnen eine untergeordnete Rolle spielen. Gleichzeitig bieten diese universal geltenden und nicht von einer Staatsbürgerschaft abhängigen Rechte einen Ansatzpunkt für weitere Lobbyarbeit.

- c. In Anlehnung an die Ausführungen von Jacqui Zalberg wurde als nächstes Frau Dr. Sassen gefragt, was „citizenship“ beinhalte und ob dieses Konzept alle Individuen umschließe. Frau Sassen antwortete darauf, dass alle Migranten „citizens“ seien und es an den einzelnen Staaten liege, sich für die Rechte der eigenen Emigrantinnen einzusetzen. In diesem Zusammenhang stellte Sassen heraus, dass Menschenrechte einen diffusen Effekt auf Migrationspolitik haben. Zudem müssten zusätzliche Regime etabliert werden, welche sich dem kollektiven Schutz von Migranten verschreiben.

Im Anschluss daran wurden noch einmal Rücküberweisungen von Migranten thematisiert. Dazu fragte Frau Dr. Duchrow, ob Rücküberweisungen - und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen - eine Möglichkeit seien, Entwicklung zu fördern. Die Professorin antwortete darauf, dass Rücküberweisungen auf der einen Seite eine verpasste Chance darstellen und auf der anderen Seite Akteure der Entwicklungszusammenarbeit Rücküberweisungspraktiken als Entschuldigung nutzten, um sich aus den jeweiligen Regionen zurückzuziehen. In Bezug auf Versorgungssicherheit zum Beispiel von Nahrung, Medizin oder Bildung hätten Rücküberweisungen einen positiven Effekt. Jedoch sollten Rücküberweisungen nicht für staatliche Güter und Dienstleistungen oder zur Kompensation von Degradation zum Beispiel durch Firmen genutzt werden.

- d. Herr Marentes unterstützte das von Sassen vorgetragene Argument und ergänzte, dass Rücküberweisungen keine zusätzliche Vulnerabilität verursachen sollten. Dazu sollten diese Finanzmittel nicht im informellen Sektor versickern, sondern stattdessen in die reguläre lokale Wirtschaft einfließen. Dr. Irene Fernandez (Plenum) kommentierte die oben getroffenen Argumente und betonte, dass Rücküberweisungen die nationale Ökonomie nachhaltig schädigten, indem die Bevölkerung

von Geldtransfers abhängig werde. Dies steigere die Vulnerabilität der Gesamtbevölkerung, da aufgrund fehlender Steuereinnahmen keine Sozialleistungen aufrechterhalten werden könnten und die Sozialstruktur massiv geschwächt werde.

Abschließend wurde Herr Marentes gefragt, wie ein menschenrechtsbezogenes Migrationsmanagement definiert werden könnte. Dieser antwortete, dass die derzeitige repressive Politik der USA klar ein Verstoß gegen die Menschenrechte darstelle. Dennoch gäbe es keine Blaupause, da jede Nation sich selbstständig und abhängig von ihrem sozialen Standpunkt dem Thema Migration nähern müsse.

6. Schlussworte

Dr. Sabine Ferenschild, Südwind

Dr. Hildegard Hagemann, Justitia et Pax

Ferenschild: Als veranstaltende Organisationen haben wir diese Tagung zum Nachdenken über den Zusammenhang von bzw. den Widerspruch zwischen Migration und Entwicklung konzipiert. Diese Reflektion hat heute sehr facettenreich stattgefunden und ist durch Einblicke in afrikanische, asiatische und amerikanische Realitäten gut gelungen. Was sehr nachdrücklich in Erinnerung bleibt, ist zum einen die Infragestellung scheinbar klarer Begriffe wie z.B. „Transitmigration“ – Roméo Ntamag wies darauf hin, dass im malischen Kontext nicht mehr von Transit gesprochen werden könne, sondern nur noch von ‚Sackgasse‘. Zum anderen wurde der Graben zwischen der politischen Rede von den positiven, entwicklungsfördernden Aspekten der Migration einerseits und der offensichtlich prekären, meist rechtlosen Situation von Migranten in allen Regionen der Welt sehr deutlich. Carlos Marentes machte dies sehr deutlich mit seinem Verweis auf die Rede vom Mangel an Arbeitskräften, hinter der sich ein Mangel an adäquat entlohnter Arbeit verbirgt, der wiederum in vielen Ländern durch Migrantinnen mit und ohne Papiere behoben wird, die von zentralen Arbeitsrechten ausgenommen sind. In Malaysia, so schilderte dies Irene Fernandez, betrifft dies den staatlichen Mindestlohn, der für internationale Migranten in Malaysia nicht als Lohnuntergrenze gilt.

Aus der so beschriebenen Situation folgt zunächst für unsere weitere Arbeit, dass neben dem Kampf für politische Rechte und Teilhabe von Migranten der Einsatz für Arbeitsrechte von Migrantinnen immer im Blick bleiben muss. Und dies nicht nur in migrationsbezogenen Politikfeldern, sondern gerade in der Arbeit von Gewerkschaften oder Kampagnen für die Durchsetzung von Sozialstandards in globalen Produktionsketten. In diesen Arbeitsfeldern brauchen wir Strategien der Inklusion von Migranten und ihren Organisationen.

Hagemann: Mir bleiben aus dem Tag zwei Aspekte besonders haften, die einen Auftrag an uns als veranstaltenden Organisationen darstellen: Das Phänomen der Kriminalisierung der Migrantinnen und Migranten zieht sich wie ein roter Faden durch die Beiträge. Damit einher geht die Beobachtung einer steigenden und leicht anheizbaren Xenophobie in Zielländern.

Xenophobie und Kriminalisierung bedingen sich gegenseitig. Angst vor dem Fremden verführt dazu, Menschen misstrauisch und vorurteilsbehaftet zu begegnen. Je mehr von staatlicher oder medialer Seite kriminalisiert wird, desto größer wird die diffuse Angst vor Bedrohung in der Gesellschaft. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen – das ist eine Aufgabe, vor der menschenrechtliche und kirchliche Einrichtungen nicht zurückschrecken dürfen. Im Gegenteil bieten die sozialen Netzwerke, dazu gehören Pfarreien z.B. beste Möglichkeiten, Orte der Überwindung des Fremdseins zu schaffen und gesellschaftlich Stellung gegen die Kriminalisierung zu nehmen.

Ein zweiter Aspekt wurde durch die ausführliche und kritische Abwägung der Wirkung von Rücküberweisungen deutlich. Vor dem Hintergrund der heutigen globalen Situation und der gesellschaftlichen Diskussion um Klimawandel, Konsummuster, Nachhaltigkeit und Wachstum erscheint es fatal, dass Rücküberweisungen als entwicklungsförderliches Instrument gepriesen werden. In diesem Bereich muss viel mehr über die langfristigen Auswirkungen eines Konsumverhaltens nachgedacht werden, das nicht zuletzt von schlechtem Gewissen getrieben wird, weil soziale Netze und Familien auseinandergerissen werden. Unsere EU-Migrationspolitik, die in diesem Sinne kurzfristig als entwicklungspolitisch kohärent dargestellt wird, ist abzulehnen.

Diese Tagung wird vielfältig dokumentiert werden. Zentrale Wortbeiträge können Sie als Videos ansehen.⁹ Die veranstaltenden Organisationen werden eine zweisprachige Online- und Print-Dokumentation erstellen und voraussichtlich wird eine Dokumentation der Vorträge in deutscher Sprache über die Nachrichtenagentur EPD erfolgen.

Ferenschild: Am Ende möchten wir nun allen Beteiligten Dank sagen, den Referenten, die weite Wege auf sich genommen haben, um mit uns ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu teilen, Sophia Wirsching von Brot für die Welt und ihrem Team von Praktikanten und Praktikantinnen, die die organisatorische Planung und Durchführungen dieser Tagung übernommen haben, den Übersetzern, die für die Kommunikation untereinander unentbehrlich sind und Ihnen allen, dass Sie sich die Zeit genommen, mit uns über Grenzen und ihre Bedeutung nachzudenken.

⁹ <http://www.youtube.com/user/SuedwindInstitut?feature=watch>

7. Kurzbiographien

Prof. Dr. Saskia Sassen ist eine niederländisch-amerikanische Soziologin. Bekanntheit erlangte sie durch ihre Analysen zu Migration und Globalisierung. Geboren in Den Haag studierte sie Politikwissenschaft und Philosophie in Frankreich, Italien und den USA. Derzeit ist Dr. Sassen Professorin für Soziologie und stellvertretende Vorsitzende für das Komitee on Global Thought an der Columbia University, New York. Darüber hinaus ist sie Gastprofessorin an der London School of Economics and Political Science. Ihre Forschungsinteressen beinhalten die soziale, ökonomische und politische Dimension von Globalisierung, Migration, *Global Cities*, neue Technologien sowie Transformationsbedingungen liberaler Staaten.

Dr. Irene Fernandez ist Mitbegründerin und Direktorin von Tenaganita, einer regierungsunabhängigen Organisation in Malaysia. Die Frauen- und Menschenrechtsorganisation setzt sich unter anderem für die Rechte von Arbeitsmigranten und Arbeitsmigrantinnen im malaysischen Palmölsektor und von Hausangestellten ein. Im Jahre 2005 erhielt sie den Right Livelihood Award für ihren Einsatz gegen Gewalt gegen Frauen und die Ausbeutung von Wanderarbeiter und Wanderarbeiterinnen.

Carlos Marentes ist Mitarbeiter von La Via Campesina in Nordamerika, einer weltweiten Bewegung von Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen, die sich für das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität einsetzt und die Situation der landwirtschaftlichen Arbeitsmigrantinnen in den Blick nimmt. Marentes hat sich seit seiner Jugend in Mexiko mit den Themen Migration und Entwicklung auseinandergesetzt, u.a. als Mitbegründer und Direktor von El Comité Pro-Reforma Migratoria y Justicia Social, einer Migrantenrechte Organisation. Er ist Doktorand des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der University of Massachusetts.

François Roméo Ntamag ist Präsident der Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali (ARACEM). ARACEM ist eine Selbsthilfeorganisation zentralafrikanischer Migranten in Mali, die sich für Transmigranten aus Zentral- und Westafrika einsetzt. Sie bietet mittellosen Migrantinnen Obdach, Rechtsberatung, psychosoziale Betreuung und AIDS-Prävention für migrantische Sexarbeiterinnen.

Hannes Stegemann ist Referent des Afrikareferats von Caritas International. Der Westafrika- Experte studierte Ethnologie, Geographie sowie Ur- und Frühgeschichte in München und Göttingen. Seine praktische Fachexpertise erhielt er mitunter bei Arbeitsaufenthalten in Mali, Uganda und Guinea-Bissau.

Jacqui Zalberg ist Menschenrechtsbeauftragte im Büro des UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechte in Genf. Seit 2011 unterstützt sie das Mandat des UN-Sonderberichterstatters für die Menschenrechte von Migranten, François Crépeau. Zuvor arbeitete sie als Beraterin für den UN-Sonderbeauftragten für die Menschenrechte indigener Völker. Sie besitzt einen Masterabschluss in Business Law der Columbia University, New York.

Veranstaltungsort:

Brot für die Welt
Caroline Michaelis Str. 1
10115 Berlin
Deutschland

Impressum

Erscheinungsort und Datum: Berlin, Dezember 2013

Herausgeber:

Brot für die Welt
Deutsche Kommission Justitia et Pax
caritas international
medico international
SÜDWIND e.V.

Endredaktion:

Hildegard Hagemann

Transkription / Protokoll:

Tabitha Triphaus
Matthias Krötz